

REZENSIONEN

Johannes Frackowiak: Wanderer im nationalen Niemandsland. Polnische Ethnizität in Mitteldeutschland von 1880 bis zur Gegenwart, Paderborn: Ferdinand Schöningh Verlag 2011, 238 S. (Studien zur historischen Migrationsforschung; 24)

Der Autor widmet sich in seiner Studie den nur wenig erforschten polnischsprachigen Zuwanderern in Mitteldeutschland, hat man sich in der Forschung doch vornehmlich auf die Migration aus den preußischen Ostprovinzen in das Ruhrgebiet oder nach Oberschlesien sowie in die Städte Berlin und Hamburg konzentriert. Frackowiaks besonderes Interesse gilt dem Kreis Bitterfeld in der preußischen Provinz Sachsen, der Ende des 19. Jahrhunderts aufgrund des Braunkohlebergbaus und der sich entwickelnden Chemieindustrie zu einem dynamisch wachsenden Industriegebiet wurde und auf den Zuzug von Arbeitskräften angewiesen war. Auch wenn der Titel eine Untersuchung über die Zuwanderer bis zur Gegenwart verspricht, so konzentriert sich der Autor in seiner Studie vornehmlich auf die Zeit von 1880 bis 1945.

Als Nachkomme der Ende des 19. Jahrhunderts eingewanderten Familie Frackowiak konnte sich der Autor nicht nur auf Quellen in staatlichen Archiven in Deutschland und Polen stützen, sondern auch auf umfangreiche Aufzeichnungen seines Großvaters, des „Chronisten der Bitterfelder Polonia“ (S. 5). Des Weiteren hat er zwischen 2005 und 2010 Befragungen der im Bitterfelder Raum aufgewachsenen Nachkommen von Zuwanderern durchgeführt. Hierbei konzentriert er sich insbesondere auf die polnischstämmigen Familien aus Sandersdorf und Zscherndorf bei Bitterfeld, die nach 1945 nach Polen übersiedelten und heute zum Teil in Polen, zum Teil weiter in Deutschland leben. Zur Analyse der gewonnenen Informationen hat Frackowiak eine historisch-demographische Datenbank erstellt, um die „biographischen Daten von über 4.000 polnischen Zuwanderern der ersten und zweiten Generation“ (S. 16 f.) zusammenzufassen. So konnte er die Biographien mehrerer polnischer Zuwandererfamilien rekonstruieren und am Beispiel ausgewählter Familien die Integrations- und Assimilationsprozesse in die deutsche Mehrheitsgesellschaft über mehrere Generationen hinweg untersuchen.

Im ersten Kapitel widmet sich der Autor der industriellen Entwicklung der Bitterfelder Region, die bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges durch Binnenmigration aus den preußischen Ostprovinzen eine andauernde Zuwanderung von polnischen Arbeitskräften erfuhr, die mehrheitlich – bis zu 93% – aus der Provinz Posen stammten. Diese Zuwanderung dokumentiert der Autor am Beispiel von Karten und Tabellen, in denen die Herkunftsorte der 1.356 Zuwanderer auf der Grundlage der Angaben von Tauf-, Trauungs- und Sterbe-

registern der römisch-katholischen Pfarren in Delitzsch und Bitterfeld sowie der Geburts-, Ehe- und Sterberegister von vier Standesämtern im Kreis Bitterfeld eingetragen wurden. Diese Tabellen zeigen, dass die Zuwanderung bis 1885 rasch zunahm und schließlich um die Jahrhundertwende ihren Höhepunkt erreichte (S. 32-36). Besonders interessant sind auch die von dem Autor untersuchten Eheschließungen. So kommt er zum Ergebnis, dass polnische Zuwanderer nur ganz selten deutsche Frauen heirateten. Als Grund führt er an, dass eine größere Anzahl von Polinnen als potentielle Ehepartnerinnen zur Verfügung standen, da sie als Dienstmädchen und Landarbeiterinnen im Raum Bitterfeld und nicht nur als Saisonkräfte beschäftigt waren. Darüber hinaus spielte auch der Nachzug von Bekannten und Verwandten bei der Zuwanderung eine große Rolle, so dass auch im Rahmen dieser Kettenwanderungen Ehen geschlossen wurden.

Im zweiten Kapitel befasst sich der Autor mit der Herausbildung einer nationalen Identität unter den polnischen Zuwanderern in den Jahren 1890 bis 1904. Er zeigt auf, wie sich das soziale Beziehungsgeflecht unter den polnischen Familien verfestigte, nachdem entsprechende Selbstorganisationen nach Vorbild der schon im Ruhrgebiet entstandenen „polnisch-katholischen Vereine“ auch im Bitterfelder Raum gegründet wurden. Gerade die Gründung eines solchen Vereins war für die polnische Gruppe von besonderer Bedeutung, da in der vornehmlich evangelisch geprägten deutschen Mehrheitsgesellschaft nicht auf ein enges Netz katholischer Strukturen zurückgegriffen werden konnte, sondern ein Weg von mehreren Kilometern zurückgelegt werden musste, um an einem katholischen Gottesdienst teilnehmen zu können. Frackowiak zeigt, dass die preußischen Behörden die sich um die Jahrhundertwende verstärkende nationalpolnische Entwicklung mit großer Beunruhigung beobachtet und schließlich Maßnahmen ergriffen hat, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten. So wurde der polnische Pfarrer Stefan Szymański 1904 seines Amtes enthoben und danach zum Schlag gegen die in polnischen Vereinen wirkenden polnischen Arbeiter ausgeholt, die nach Absprache der preußischen Behörden mit den Unternehmern aus den Betrieben entlassen wurden. Damit gelang ihnen, die nationalpolnische Agitation in dieser Region zu zerschlagen, in dessen Folge sich durch den Verlust ihrer Mitglieder, die nun in andere Regionen abwanderten, auch zahlreiche polnische Vereine auflösten. Die verbliebenen Vereine beschränkten sich seit dieser Zeit auf religiöse Angelegenheiten und die Pflege der polnischen Sprache und Kultur.

Im dritten Kapitel widmet sich der Verfasser der im Anschluss an diese Konfrontation mit dem Staat einsetzenden Konsensbereitschaft der polnischstämmigen Arbeiter. Ihre zunehmende Integrations- bzw. Assimilationsbereitschaft untersucht Frackowiak zum einem an dem Wahlverhalten und zum

anderen an den Eheschließungen der Bitterfelder Polonia zwischen 1905 und 1922. Aufgrund seiner Untersuchungen kommt er zu dem Ergebnis, dass lediglich ein Drittel der wahlberechtigten Polen ihre Stimme für den polnischen Kandidaten im Wahlkreis Bitterfeld-Delitzsch abgab. Erst seit 1913 sei wieder eine deutliche Zunahme des polnischen Nationalgedankens durch ein verstärktes Engagement der Mitglieder der verbliebenen polnisch-katholischen Vereine im Raum Bitterfeld zu verzeichnen gewesen, die sich nun auch wieder überregional an Versammlungen polnischer Verbände beteiligten. Ihr verstärktes Engagement drückte sich auch durch die Wiedergründung des *Sokół*-Vereins 1913 im Bitterfelder Raum aus, bei dem nun auch die zweite Generation der Zuwandererfamilien als Mitglieder eine immer größere Rolle spielte. Dies habe sich dann insbesondere 1922 gezeigt, als bei der Vorstandswahl zwei jüngere Mitglieder aus diesem Kreis zum Vorsitzenden und Schriftführer des *Sokół*-Vereins in Sandersdorf gewählt wurden, die für eine Umorientierung des Vereins eintraten, um ihn so attraktiver für die zweite Generation zu machen. Dies bedeutete in erster Linie eine Schwächung der dezidiert nationalpolnischen Ausrichtung des *Sokół*-Vereins, wie sie die erste Generation der polnischen Zuwanderer betrieben hatte. Frackowiak weist zu Recht darauf hin, dass die zweite Generation durch ihre Sozialisation in einer deutschen Umgebung und durch ihre Zweisprachigkeit eine Integration in die deutsche Gesellschaft als natürlich ansah, was sich auch durch eine Zunahme von Ehen mit deutschen Frauen seit 1914 ausdrückte.

Das vierte Kapitel ist dem im Rahmen des Versailler Vertrages der polnischen und deutschen Minderheit zugestandenen Optionsrecht und der damit verbundenen teilweisen Remigration polnischer Familien nach Polen gewidmet. Frackowiak kommt in seiner Studie zu dem Ergebnis, dass in den ländlichen Gebieten eine höhere Bereitschaft zur Option für Polen bestand, als etwa bei den Einwohnern polnischer Herkunft in der Stadt Bitterfeld. Er führt dies darauf zurück, dass die in Bitterfeld lebenden polnischen Zuwanderer höhere berufliche Qualifikationen erworben hatten und demzufolge auch eine höhere Integrations- bzw. Assimilationsbereitschaft gezeigt hätten. Trotz der mehrheitlichen Option für Deutschland engagierten sich die im Kreis Bitterfeld verbliebenen Zuwandererfamilien polnischer Herkunft in den folgenden Jahren dennoch für die Beibehaltung der polnischen Sprache und traten für ein privates polnisches Schulwesen ein, das auch von dem für diese Region zuständigen polnischen Konsulat in Leipzig unterstützt wurde. Die kulturelle Identität sollte durch eine bewusste Teilnahme am religiös-kulturellen Leben der Polonia, insbesondere im verzweigten Vereinswesen, wie etwa im *Sokół*-Verein, gefördert werden. In diesen Jahren habe sich aber auch gezeigt, dass die zweite Zuwanderergeneration, die große Defizite in der schriftlichen Beherr-

schung der polnischen Sprache aufwies, wie Frackowiak aufgrund der Durchsicht verschiedener Vereinsprotokolle festgestellt hat, nach wie vor für eine Integration in die deutsche Gesellschaft eintraten.

Dieser Integrations- und Assimilationsprozess habe dann aber mit dem Jahr 1933 zunächst ein Ende gefunden, als die Maßnahmen der Nationalsozialisten gegen die Minderheiten in Deutschland eine Gegenreaktion der zuvor integrationswilligen zweiten Zuwanderergeneration bewirkte, die Frackowiak im fünften Kapitel als „Re-Ethnisierung“ (S. 157) bezeichnet. Zunächst konnte das religiös-kulturelle Leben, trotz mancher Schikanen seitens der NS-Behörden aufrechterhalten werden, dies änderte sich jedoch mit dem deutschen Angriff auf Polen am 1. September 1939, als bis Oktober sämtliche polnische Vereine aufgelöst wurden. Von diesem Moment an sahen sich alle Zuwandererfamilien polnischer Herkunft damit konfrontiert, sich um eine Aufnahme in die deutsche „Volksgemeinschaft“ und damit in die Deutsche Volksliste zu bemühen, was einer Zwangsassimilierung gleichkam.

In seinem letzten, recht kurz ausgefallenen Kapitel über die „Remigration nach Polen und Rückkehr nach Deutschland seit 1945“, das wohl auch aus diesem Grund als Epilog bezeichnet wurde, hebt der Verfasser hervor, dass die große Mehrheit der Nachkommen polnischer Familien im Bitterfelder Raum nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland blieb und sich nur eine kleine Anzahl der Familien zu einer Remigration nach Polen entschloss. Aufgrund seiner persönlichen Befragung einiger dieser Familien konnte Frackowiak feststellen, dass diese Remigranten, die sich 1946 und 1947 meist in den nunmehr polnischen Westgebieten angesiedelt hatten, dann zwischen den 1950er und 1980er Jahren häufig wieder für eine Rückkehr nach Deutschland optierten.

Ein umfangreiches Quellen- und Literaturverzeichnis sowie ein Personenregister schließt diese detaillierte Untersuchung ab, mit der Johannes Frackowiak eine Forschungslücke in der bis dahin nur wenig erforschten Geschichte der ostdeutschen Polonia im Bitterfelder Raum schließen und dadurch auch einen ganz besonderen Beitrag zur eigenen Familiengeschichte leisten konnte.

Isabel Röskau-Rydel

Christian Westerhoff: Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg. Deutsche Arbeitskräftepolitik im besetzten Polen und Litauen 1914–1918, Paderborn: Ferdinand Schöningh Verlag 2012, 377 S., s/w Abb. (Studien zur Historischen Migrationsforschung; 25)

Christian Westerhoff untersucht Bedingungen, Formen und Auswirkungen der deutschen Beschäftigungspolitik in den von Russland eroberten Gebieten

„Ober Ost“ und Generalgouvernement Warschau zwischen 1914 und 1918. Die Darstellung ist chronologisch gegliedert. Der Verfasser widmet sich dem Zeitraum von 1914 bis Sommer 1916, dann dem Herbst 1916 und dem Winter 1916/17 sowie den verbleibenden anderthalb Jahren. Das Geschehen wird jeweils in den beiden Besatzungsgebieten betrachtet, wobei noch einmal zwischen der Anwerbung von Arbeitern für den Einsatz im Reich und für Arbeitsplätze vor Ort unterschieden wird.

Es zeigt sich, dass die Politik weniger von der Zentrale bestimmt wurde, sondern die beiden Besatzungsregime vielmehr jeweils eigene Züge trugen. In „Ober Ost“, das im Wesentlichen das heutige Litauen, Kurland (im heutigen Lettland) und Nordost-Polen umfasste, hatte der „Oberbefehlshaber der gesamten deutschen Streitkräfte im Osten“ – mithin Paul von Hindenburg mit seinem Stabschef Erich Ludendorff – das Sagen (1916 wechselten sie in die Position der 3. Obersten Heeresleitung). Die Militärverwaltung war mit forschenden Maßnahmen – weitgehend vergeblich – bemüht, eine dem Reich maximale Vorteile sichernde mustergültige Verwaltung zu schaffen, wozu auch die Zwangsrekrutierung von Arbeitskräften gehörte. Zahlreiche Beschäftigte wurden unter teils erbärmlichen Lebensbedingungen in Zivilarbeiterbataillone zusammengefasst. Dem gegenüber stand Generalgouverneur Hans von Beseler in Warschau einer an legalen Prinzipien orientierten, pragmatischen Zivilverwaltung vor – und er hatte am Ende mehr Erfolg bei dem Unterfangen, die Ressourcen für die deutschen Interessen nutzbar zu machen. Im Generalgouvernement Warschau konnte man zudem – besonders in den an Deutschland grenzenden Kreisen – an eine seit langem eingespielte saisonale Wanderung von Arbeitskräften zur deutschen Landwirtschaft und auch zur Industrie anknüpfen. Um diese Menschen im Reichsgebiet zu halten, verwehrten die deutschen Behörden nach Kriegsbeginn Hunderttausenden dieser zumeist polnischen Gastarbeiter die Rückkehr an den heimischen Herd.

Von Herbst 1916 an wurde die Anwerbung von Arbeitern für das Reich mithilfe von Zwangsrekrutierungen durchgeführt, und die beiden Gebiete näherten sich in diesem Punkt einander an. Anfang 1917 lief die Entwicklung jedoch wieder auseinander, da im Generalgouvernement Warschau die Zwangsmaßnahmen zurückgenommen wurden. Dort blieb der allergrößte Teil der Arbeitsleistung frei; die Zwangsrekrutierungen betrafen einige Tausend überwiegend jüdische Arbeitskräfte aus Lodz und Umgebung, die ins Gebiet „Ober Ost“ deportiert wurden.

Wie in diesem Fall geht der Verfasser immer wieder auf die Lage der jüdischen Bevölkerung in beiden Gebieten ein, welche das Kriegsgeschehen und die deutsche Besatzung in mancher Hinsicht unter weit härteren Bedingungen durchleben musste als die einheimischen Nichtjuden. Die Ursachen dafür lagen

– so Westerhoff – in unterschiedlichen sozial-ökonomischen Voraussetzungen, insbesondere der Beschäftigungs- und Berufsstruktur der Juden, und seien nicht auf ausgeprägt antisemitische – oder gar rassistische – Einstellungen der deutschen Besatzer zurückzuführen. Nichtsdestoweniger zeigten sich bei den deutschen Machthabern durchaus negative (Vor-)Urteile in Bezug auf die im eroberten Gebiet vorgefundene „jüdische Arbeit“ und die „polnische Wirtschaft“. Ihnen wurde eine als vorbildlich eingeschätzte und im eigenen Wertekanon jedenfalls als zivilisatorisch höherwertig verinnerlichte deutsche (Aufbau-)Arbeit gegenübergestellt.

Sind nun über solche allgemeinen mentalen Dispositionen hinaus Ansätze zu erkennen, die von der Arbeitskräftepolitik im Ersten Weltkrieg auf das brutale, planmäßige Zwangsregime unter der nationalsozialistischen Herrschaft im besetzten Osteuropa vorausdeuten? Der Verfasser kommt zu dem Schluss, die Erkenntnisse und Gepflogenheiten der ersten Besatzungsperiode als einen bloßen „Erfahrungshorizont“ (S. 330) zu werten. Vergleichsweise mehr Relevanz liegt daher in der Feststellung, es habe sich bei „Ober Ost“ um ein „Laboratorium“ des totalen Krieges“ (S. 344) gehandelt.

Trotz einer schwierigen Überlieferungslage – der Großteil der einschlägigen Archivalien wurde 1945 beim Brand des Heeresarchivs in Potsdam ein Raub der Flammen – schließt sich mit dieser Studie eine Forschungslücke. Westerhoff stützt sich auf Materialien aus Archiven in Deutschland, Lettland und Litauen und auf eine intensive Auseinandersetzung mit der Forschungslage, wobei er auch Literatur auf Litauisch und auf Polnisch heranzieht. Mit präziser wie schöpferischer Argumentation und einer kritischen Wertung kann er insgesamt überzeugen.

Wünschenswert wäre es, wenn diese verdienstvollen Forschungen Anlass böten, auch diejenigen Besatzungsregime in Ostmitteleuropa genauer zu betrachten, für die die österreichisch-ungarischen Truppen verantwortlich waren, etwa im Militärgeneralgouvernement Lublin. Nicht weniger könnte das Geschehen in der Ukraine 1917/18 – mit Ausblick auf 1941 – Raum für ertragreiche vergleichende Studien bieten.

Dem Band sind Fotos, Faksimiles, Tabellen und Diagramme beigegeben, ein großes Manko ist jedoch das Fehlen *jeglicher* Register. Der Name der Stadt Sosnowiec wird konsequent falsch geschrieben, weitere Fehler enthalten die völlig ungenügenden, allzu schematischen Karten (S. 98, 205, 214).

Klaus-Peter Friedrich

Julia Eichenberg: Kämpfen für Frieden und Fürsorge. Polnische Veteranen des Ersten Weltkriegs und ihre internationalen Kontakte, 1918–1939. München: Oldenbourg Verlag 2011, 259 S. (Studien zur Internationalen Geschichte; 27)

Erst in den letzten Jahren ist die vergleichende europäische Geschichte der Zeit zwischen den Weltkriegen verstärkt in den Blickpunkt der Forschung geraten. Dies gilt vor allem für die Einbeziehung des Teils des Kontinents, der aus westlicher Perspektive gemeinhin dem Osten zugerechnet wurde. Die vorliegende Publikation, die aus einer 2008 an der Universität Tübingen verteidigten Dissertation hervorgegangen ist, lässt an einigen Stellen das Weiterwirken der alten kognitiven Karten erkennen, etwa wenn davon die Rede ist, der „ost-europäische Einfluss auf die Zweite Polnische Republik“ solle relativiert werden (S. 6). Dass sich der neue polnische Staat nach 1918 überwiegend nach Westen orientierte, ist nun wahrlich keine überraschende Erkenntnis. In dieses leicht schematische Bild einer europäischen Ost-West-Dichotomie passt das komplette Fehlen des Ostmitteleuropabegriffs, der doch die Forschungslandschaft seit einigen Jahrzehnten prägt.

Nichtsdestotrotz sind die Fragestellung der Autorin innovativ und ihre Ergebnisse für den gesamteuropäischen Kontext neu und wichtig. Sie untersucht zum einen die organisatorische Formierung und Entwicklung der polnischen Veteranenverbände und ihre Einflussnahme auf die nationale Politik, zum anderen die internationale Verortung dieser Organisationen und ihrer Protagonisten in Verbindung mit europaweiten politischen Überlegungen einer gemeinsamen Friedenspolitik. Als Leitfragen gestellt werden solche nach dem Wissenstransfer von West nach Ost und umgekehrt sowie nach Zielen und Einflussmöglichkeiten vor allem der polnischen Akteure.

Die spezifische innerpolnische Situation wird dabei mit der in anderen Ländern wie Frankreich und Deutschland kontrastiert. Hier standen verständlicherweise die Lage der Invaliden und ihre finanzielle Versorgung im Mittelpunkt. Sie fiel im polnischen Rahmen mit den komplizierten Nationsbildungs- und Erinnerungskonstruktionsprozessen zusammen, ging es doch vor allem um die Frage, ob die Millionen auf polnischem Territorium lebenden Veteranen, die während des Krieges in den Armeen der Teilungsmächte gekämpft hatten, versorgungsberechtigt sein würden.

Im neuen nationalen Selbstverständnis war es naheliegend, dass die Kämpfer der Grenzkriege und die polnischen Soldaten auf Seiten der Westmächte bevorzugt behandelt werden würden, handelte es sich hier doch um den überaus populären Mythos des polnischen Freiheitskämpfers. Die Diskussionen über die Invalidenversorgung stellten insofern tatsächlich einen Teil der Formierung des neuen Staates dar (S. 119). Die These vom „vergessenen Welt-

krieg“ wäre es zudem sicherlich wert, in größerem Rahmen weiterverfolgt zu werden.

Dennoch ist es interessant, wie sich zumindest vorübergehend die innerpolnische Wahrnehmung veränderte, bis die sich verschärfende Wirtschafts- und Finanzkrise die diesbezüglichen Spannungen wieder ans Tageslicht brachte. Freilich ging es dabei nicht immer um ehrenwerte soziale Motive, sondern auch um das Ansehen Polens im Ausland. Vielsagend war hier in den 1930er Jahren die schleppende oder ausbleibende Umsetzung internationaler Abkommen durch die staatlichen Stellen. Oftmals erschöpften sich die Aktivitäten in reiner Symbolik und wurden die nationalen Minderheiten offen oder verdeckt ausgeklammert, da man ihre Loyalität infrage stellte.

Julia Eichenberg zeigt, wie sich vor allem in den Anfangsjahren einzelne Akteure auf parlamentarischer Ebene massiv engagierten, die nach dem Piłsudski-Putsch von 1926 selbstverständlich nicht mehr das vorrangige Tätigkeitsfeld darstellen konnte. Vielleicht wäre es hier wie auch im Kontext der internationalen Organisationen möglich gewesen, die personellen Zusammenhänge biographisch noch intensiver aufzuarbeiten als allein über die Schiene der öffentlichen Auftritte. Vielleicht lag dies allerdings auch an der schwierigen Quellenlage.

Wichtig sind die Verweise auf die engen polnisch-französischen Kontakte bzw. den Vorbildcharakter französischer Invaliditätsregelungen. In jedem Fall kann auf der Basis der teils miteinander rivalisierenden, teils kooperierenden internationalen Kombattantenvereinigungen FIDAC und CIAMAC gezeigt werden, wie sich trotz aller aus den Bündnissen des Krieges resultierenden Spannungen ein nationsübergreifendes Netzwerk von Veteranen herausbildete, bei dem die Fragen künftiger Kriegsvermeidung und gerechter Versorgung der Invaliden eine wesentliche Rolle spielten. Zudem darf die pazifistische Komponente hierbei nicht vernachlässigt werden, wenngleich auch immer wieder die von der „großen Politik“ produzierten Auseinandersetzungen sichtbar werden, etwa im Kontext von Stresemanns Locarno-Politik.

Für den internationalen Kontext wichtig ist der Aspekt der internen Kommunikation, bei der neben Briefen und Telegrammen besonders die jährlichen Kongresse und Manifestationen wie die – weitgehend folgenlose – große Antikriegskundgebung in Genf im März 1933 eine zentrale Rolle spielten, weil sie Öffentlichkeit produzierten. Eher noch mehr Informationen gewünscht hätte man sich zu den Kontakten zwischen NS-Führung und polnischen Veteranen, wie sie am Beispiel des offenbar guten persönlichen Verhältnisses zwischen den beiden Aktivisten Hanns Oberlindober und Jan Ludyga-Laskowski zwischen 1933 und 1939 ausgeführt werden.

In Bezug auf die internationale Perspektive reiht sich die Arbeit in die in letzter Zeit verstärkt spürbar werdende Tendenz ein, die Vorleistungen des Völkerbundes und seiner Organisationen für die Herausbildung einer europäischen Friedensordnung nach 1945 stärker zu betonen, auch wenn ein gewisser Dilettantismus der Genfer Bürokratie nicht geleugnet wird. Dieses Weiterwirken müsste zwar im Sinne einer personellen wie strukturellen Kontinuität erst noch nachgewiesen werden, stellt jedoch in Anbetracht eines gewissen Überlebens negativer Propaganda der Zwischenkriegszeit über den Zweiten Weltkrieg hinaus eine wichtige Änderung der Perspektive dar. Auch der Hinweis auf die Vernachlässigung der Pazifismusforschung gerade in Bezug auf Polen (S. 173) ist mehr als berechtigt, ein Paradigmenwechsel ist hier in nächster Zeit jedoch nicht zu erwarten.

Gewisse Unsicherheiten in Bezug auf den aktuellen Forschungsstand z. B. zur Minderheitengeschichte (S. 155 f., 162) fallen zwar ins Auge, letztlich aber kaum ins Gewicht. Alles in allem ist ein Buch entstanden, das eine wichtige Forschungslücke schließt und zugleich auf weitere wenig behandelte Themen der internationalen Geschichte der Zwischenkriegszeit verweist.

Markus Krzoska

Beata Dorota Lakeberg: Die deutsche Minderheitenpresse in Polen 1918–1939 und ihr Polen- und Judenbild, Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag 2010, 562 S. (Die Deutschen und das östliche Europa. Studien und Quellen; 6)

Die Autorin hat sich in der überarbeiteten Version ihrer 2007 an der Universität Oldenburg vorgelegten Dissertation der umfangreichen Auswertung des Polen- und Judenbildes von 27 in Polen erschienenen deutschen Zeitungen der Zwischenkriegszeit gewidmet, was bei solch einer großen Anzahl von Zeitungen mit einem außerordentlich zeitraubenden Aufwand verbunden gewesen sein muss, zumal nicht alle Zeitungen in einer einzigen Bibliothek vorhanden oder gar digital zugänglich sind. Die Durchsicht dieser Presse allein ist schon als große Leistung zu bewerten.

In ihrer Einleitung gibt die Autorin zunächst einen Überblick über den Forschungsstand zur Geschichte der deutschen Minderheitenpresse in Polen in der Zwischenkriegszeit. Daran schließt ein Überblick über die Definition von Stereotypen an, bei dem sie sich vornehmlich auf deutsche und polnische Autoren beruft, die sich mit der Stereotypenforschung befasst haben. In ihrer Einleitung stellt die Autorin die These auf, dass eine Analyse der Polen- und Judenbilder in den Beiträgen der deutschen Minderheitenpresse es ermögliche,

Rückschlüsse auf die Frage der Homogenität oder Heterogenität der Deutschen als nationale Minderheitengruppe in Polen ziehen zu können (S. 31, 33).

Nach dem im ersten Kapitel skizzierten Überblick über das politische und religiöse Leben sowie über Bildung und Kultur der deutschen Minderheit in Polen in der Zwischenkriegszeit befasst sich die Autorin im zweiten Kapitel mit dem „Verhältnis zwischen dem Erscheinungsort der Zeitungen und den präsentierten Bildern“ (S. 73). Hier wiederholt sie die schon in der Einleitung aufgestellte These, dass man aufgrund der Analyse der Bilder und Stereotype Rückschlüsse auf die vorhandene oder nicht vorhandene Homogenität der Deutschen in Polen Rückschlüsse ziehen könne. Dabei formuliert sie ihre These jedoch so, als ob die gesamte deutsche Minderheit für die in der deutschen Presse erkennbaren Stereotype und vertretenen Einschätzungen und Meinungen verantwortlich gewesen sei und nicht die einzelnen Autoren. Wieso die Autorin den Erscheinungsort im zweiten Kapitel in den Mittelpunkt ihres Interesses rückt und nicht etwa die politische Ausrichtung der deutschen Zeitungen, die erst im dritten Kapitel erfolgt (S. 153-161), ist nicht recht nachvollziehbar. Zwar befindet sich im Anhang ein „Biographisches Personenregister“ (S. 317-347), jedoch meist nur mit einigen wenigen Informationen über die Herausgeber und bekannteren Redakteure und Autoren der von Beata Dorota Lakeberg untersuchten deutschen Zeitungen in Polen. Befremdlich ist, dass die Autorin nur ganz selten die Namen der Autoren nennt und meist nur die unpersönliche Form „man“ verwendet. Auch in den Anmerkungen sucht der Leser häufig vergeblich nach Namen der einzelnen Personen. Dadurch erfährt der Leser nicht, ob hier immer wieder dieselben Redakteure ihre Einschätzungen mitteilen und stereotype Bilder in ihren Ausführungen verwenden, oder ob es sich um unterschiedliche Stimmen handelt.

Im dritten Kapitel „Der Einfluss der Weltanschauung der deutschen Minderheitenpresse auf die verwendeten Polen- und Judenbilder“ befasst sich die Autorin mit den Bildern in den Zeitungen, die vom polnischen Nationalismus, vom polnischen Adel und von der jüdischen Bevölkerung gezeichnet wurden, aber ebenso mit dem deutschen Selbstbild und der Darstellung der politischen Gegner innerhalb der deutschen Minderheit. Ihre Ausführungen belegt Lakeberg im Textteil an zahlreichen Beispielen aus der deutschen Presse und ergänzt diese durch zum Teil sehr ausführliche Zitate in den Anmerkungen. Einerseits wird der Anmerkungsteil dadurch überdimensional aufgebläht, andererseits erhält der Leser aber die Möglichkeit, einen noch größeren Überblick über die unterschiedliche Ausrichtung der Presstexte zu gewinnen.

Nicht immer treffen die Einschätzungen der Autorin zu, beispielsweise wenn sie schreibt, dass die älteste im österreichischen Teilungsgebiet erschienene Zeitung die 1884 in Bielitz / Bielsko gegründete „Evangelische Kirchen-

Zeitung“ gewesen sei (S. 161), denn die Stadt Bielitz gehörte nicht zu Galizien, sondern zu Österreichisch-Schlesien. Sicherlich wurde diese Zeitung aber auch in Galizien gelesen. Die einzige evangelische Zeitung im ehemaligen Galizien war die 1904 gegründete Monatsschrift „Evangelisches Gemeindeblatt für Galizien“, die von 1907–1939 von Pfarrer Theodor Zöckler im ostgalizischen Stanislau / Stanisławów herausgegeben wurde. Die von ihr ebenfalls zitierte, in Bielitz von 1925–1938 erschienene „Schlesische Zeitung“ bezeichnet sie ebenfalls unkorrekt als eine „aus dem ehemaligen österreichischen Teilungsgebiet stammende“ Zeitung (S. 78) und zieht daher falsche Rückschlüsse, wenn sie am Beispiel der „Schlesischen Zeitung“ im zweiten Kapitel nach einem Zitat über die „Bielitzer Judenschaft“ schreibt: „Das Verhältnis zu den Juden in diesem Gebiet und damit das Bild der Juden lässt die Feststellung zu, dass Juden im österreichischen Teilungsgebiet mindestens als gleichwertige Partner der Deutschen gesehen wurden, mit denen man zusammenarbeitete oder die man auch als positives Beispiel benutzte“ (S. 135). Die Bielitzer Juden hatten vor 1918 eben nicht im österreichischen Teilungsgebiet gelebt, sondern in Österreichisch-Schlesien, in einer vornehmlich durch die deutsche Kultur geprägten Stadt. Dass die Autorin aufgrund nur eines Zitates zu der Feststellung kommt, dass das positive Verhältnis der Deutschen und Juden in Bielitz mit dem in Galizien vergleichbar sei, ist allerdings sehr erstaunlich.

Bei dem vierten Kapitel über „Die Entwicklung des Polen- und Judenbildes in der deutschen Minderheitenpresse in den 1920er und 1930er Jahren“ handelt es sich zum großen Teil um eine ausführliche Zusammenfassung dessen, was die Autorin schon im zweiten und dritten Kapitel geschrieben hat.

Dem Textteil (S. 13-308) schließt sich noch ein fast 80-seitiger Anhang mit einem Glossar, das bisweilen recht erstaunliche deutsche Städtenamen für polnische Städtenamen anbietet, wie etwa Prömsel für Przemyśl (S. 310) – ein Name, der in den offiziellen Dokumenten der Habsburgermonarchie nie verwendet wurde. Verwunderlich ist auch, dass die Autorin nur bei der Stadt Tarnopol den ukrainischen Namen Ternopil angeführt hat, nicht aber bei den Städten Lemberg und Stanislau, was ja dann konsequenterweise hätte erfolgen müssen. Eine Ortsnamenkonkordanz am Ende des Buches wäre sicherlich sinnvoll gewesen und hätte die ständige Wiederholung der doppelten Schreibweisen im gesamten Text vermieden. Das nach dem Glossar folgende „Biographische Personenregister“ ist nur von beschränktem Nutzen, da es bedauerlicherweise keine Seitenverweise enthält. Hier wird auch der berühmte polnische Sprachwissenschaftler Jan Niecisław Baudouin de Courtenay angeführt, allerdings in der recht verunstalteten Namensform „Jan Nieścisław Baudoin de Cortenay“ (S. 317, 473).

Außerordentlich bedauerlich ist, dass die Verfasserin bei einer so umfangreichen Arbeit sowohl auf ein Namens- als auch auf ein Ortsregister sowie ein Institutionenverzeichnis verzichtet hat. Es bleibt dem Leser überlassen, sich durch das Labyrinth von Hinweisen auf Zeitungen, Orten, Namen und Institutionen einen Weg durch das Buch zu bahnen. Dies wird zusätzlich noch dadurch erschwert, dass sich die 175 Seiten Anmerkungen zum Text (S. 387-562) nicht als Fußnoten am Seitenende, sondern ganz am Buchende, sogar erst nach dem Quellen- und Literaturverzeichnis befinden. Andererseits sind die Mitteilungen in den Fußnoten, auch wenn sie häufig unverhältnismäßig lang ausfallen, sehr interessant, da man hier aufgrund der angeführten Titel der von der Autorin analysierten Zeitungsartikel einen Überblick über die Themen erhält, die die deutschen Autoren in der Zwischenkriegszeit besonders bewegt haben. Insgesamt gesehen handelt es sich bei der vorliegenden Studie um einen sehr informativen Überblick über das Polen- und Judenbild in der deutschen Presse im Polen der Zwischenkriegszeit und dürfte sicherlich weitere Wissenschaftler dazu anregen, sich intensiver mit der deutschsprachigen Presse im Polen der Zwischenkriegszeit auseinanderzusetzen.

Isabel Röskau-Rydel

Rudolf Jaworski / Florian Peters: Alltagsperspektiven im besetzten Warschau. Fotografien eines deutschen Postbeamten (1939–1944) / Perspektywy codzienności w okupowanej Warszawie. Fotografie niemieckiego urzędnika (1939–1944), hrsg. v. Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung, Marburg 2013, 74 S., 113 Abb. (Materialien zur Kunst, Kultur und Geschichte Ostmitteleuropas; 2)

Die 2013 erschienene Publikation über die Fotosammlung des deutschen Zivilbeamten in Warschau, Hermann Beyerlein, ist das Ergebnis einer dreijährigen Studie des jungen deutschen Historikers Florian Peters und des bekannten Polenhistorikers Rudolf Jaworski. Neben ihnen waren zahlreiche andere Personen und Institutionen für die Entstehung des Bandes mitverantwortlich, darunter die beiden Söhne Hermann Beyerleins, die den fotografischen Nachlass ihres Vaters dem Herder-Institut in Marburg als Dauerleihgabe (Sammlung Beyerlein) zur Verfügung gestellt haben.

Das vorliegende Werk soll, den Autoren zufolge, die bislang verhältnismäßig „wenig beachtete Grauzone der Lebens- und Wahrnehmungsweisen deutscher Zivilbeamter im besetzten Polen“ (S. 1) in den Blick nehmen. Die Publikation besteht aus einem Vorwort, einer Einführung, einem aus sechs Kapiteln bestehenden Hauptteil sowie einem Epilog und umfasst insgesamt 74 Seiten. Der Text wurde zweispaltig, jeweils in deutscher Sprache und pol-

nischer Übersetzung, gedruckt. Insgesamt 113 Fotos im originalen Schwarzweißformat wurden aus der Sammlung Beyerlein für die Publikation ausgewählt. Unter jedem Bild befinden sich Erklärungen in deutscher und polnischer Sprache. Eine Zusammenfassung in englischer Sprache und Kurzbiografien der beiden Autoren schließen den Band ab.

Nach den Vorbemerkungen der Autoren folgt eine Einführung über Warschau im Zweiten Weltkrieg (S. 3-9). Die Autoren beschreiben die besondere Härte und Radikalität der deutschen Besatzer in der polnischen Hauptstadt bei der Umsetzung der nationalsozialistischen Zielsetzungen. Vom alltäglichen Terror betroffen waren polnische Widerstandskämpfer und Zivilisten sowie im ganz besonderen Maße die jüdische Bevölkerung, die etwa 30 % der Einwohner Warschaus ausmachte. In dem 1940 errichteten Ghetto wurden nicht nur die Juden aus Warschau, sondern auch Juden aus anderen von den Deutschen besetzten Gebieten zusammengepfercht und von dort aus in die deutschen Vernichtungslager Treblinka und Majdanek transportiert. Eine Manifestation des jüdischen Widerstandswillens war der fast einen Monat von April bis Mai 1943 dauernde Aufstand im Warschauer Ghetto, der schließlich von den deutschen Besatzern niedergeschlagen wurde. Der Höhepunkt des polnischen Widerstandes in Warschau folgte im August 1944 mit dem Warschauer Aufstand, der ebenso blutig niedergeschlagen wurde. Die Besatzung Warschaus war in diesen Jahren in entscheidendem Maße von der deutschen Zivilverwaltung abhängig gewesen. Hermann Beyerlein war einer von Tausenden Deutschen in Warschau, die ihren Dienst in einer der Besatzungsbehörden als selbstverständlich ansahen.

Das erste Kapitel widmet sich der Diskussion um „Fotografien als Quelle zur Alltagsgeschichte des besetzten Warschaus“. Fotos aus der Zeit der deutschen Besatzung Warschaus gibt es viele, sowohl von deutscher als auch von polnischer Seite. Über die Fotografen weiß man jedoch nur wenig, weshalb die Fotosammlung Beyerleins einen ganz besonderen biografischen Aspekt hat. Die Autoren wollen mit der Auswahl von Bildern aus der Sammlung Beyerlein „möglichst viele Aspekte der fotografischen Praxis unseres Protagonisten vorstellen“ (S. 12). Es handelt sich bei den Bildern Beyerleins ausschließlich um Bilder für den privaten Gebrauch, was zur Folge hatte, dass viele Fotos nicht immer eindeutig datiert, Personen nicht vollständig identifiziert und viele Sinnzusammenhänge nicht immer erklärt werden konnten. Trotz dieser Defizite sind die Autoren dennoch davon überzeugt, aus diesen „Puzzleteilen ein Gesamtbild rekonstruiert“ zu haben (S. 13).

Im zweiten Kapitel stellen die beiden Autoren die Biografie des 1910 in Berlin-Friedenau geborenen und 2004 verstorbenen Hermann Beyerleins vor, der von Ende 1939 bis Oktober 1944 zunächst Mitarbeiter der „Deutschen

Post Ost“ in Warschau und dann Leiter des „Fernsprechamtes Warschau“ war. Im dritten Kapitel wird die Geschichte des Fernsprechamtes Warschau skizziert und anhand zahlreicher Fotos Beyerleins illustriert. Die Autoren beschreiben Hermann Beyerlein als wichtigen Funktionsträger innerhalb der Verwaltung, dessen beruflicher Alltag eher „in ruhigen Bahnen“ verlief (S. 19). Das Fernmeldeamt wurde zu einer Schaltstelle für das Generalgouvernement und beschäftigte fast 1.200 Personen, darunter neben Deutschen auch Polen, Juden und Ukrainer. Beyerlein dokumentierte in seinen Fotografien das Alltagsgeschäft in den Büroräumen recht akribisch, so dass sie als Quelle für Informationen über die Arbeitsorganisation in einer deutschen Besatzungsbehörde und deren materielle Ausstattung dienen können. Sogar über ein Krankenzimmer und einen Tischtennisraum verfügte das Fernmeldeamt. Beyerleins Fotos zeigen auch Privataufnahmen, z. B. betriebsinterne Weihnachtsfeiern (S. 31) oder Ausflüge mit Kollegen (S. 32). Insbesondere Umbauten am Amtsgebäude zogen Beyerleins fotografisches Interesse auf sich.

Der vierte Teil beschäftigt sich mit dem „Blick auf die polnische Umgebung in und außerhalb Warschaus“. Trotz der für die Polen verhängnisvollen Kriegsjahre haben die Fotos einen Anschein von „Normalität des Alltags“ (S. 37). Die Autoren bezeichnen diese besondere Situation, in der sich Beyerlein in seinem beruflichen Alltag sowie im privaten Kreis seiner Familie befand, als eine „insulare Parallelwelt“ (S. 37). Quellen von Beyerlein belegen, dass er seine Arbeit nicht als außergewöhnliche Kriegsarbeit, die mit etwaiger Angst um Leib und Leben verbunden wäre, begriff, sondern als ganz normale Zivilarbeit verstand (S. 37). Die Fotos in diesem Abschnitt stellen vornehmlich normale Straßen- und Umgebungssituationen Warschaus dar. Auch interessierten Beyerlein polnische Kultur- und Nationaldenkmäler Warschaus, wie z. B. die Kirchen und die Altstadt. Aber auch Fotos von kriegszerstörten Häusern und Denkmälern findet man in seiner Sammlung.

Fotos vom Warschauer Ghetto sowohl vor als auch nach seiner Zerstörung sind von ihm nicht gemacht worden. Nur ein Foto mit jüdischen Einwohnern ist in seiner Sammlung vorhanden. Die Autoren vermuten, dass Beyerlein sich in dieser Hinsicht sehr vorsichtig verhielt, weil er aufgrund von Fotos, die er während des Novemberpogroms 1938 gemacht hatte, vorübergehend festgenommen worden war (S. 49).

Im fünften Kapitel befassen sich Rudolf Jaworski und Florian Peters mit den Gewalterfahrungen der polnischen Zivilbevölkerung unter deutscher Besatzung und dem Verhältnis zwischen Deutschen und Polen. Im Fernmeldeamt waren die deutschen Angestellten auf die Dienste der polnischen Mitarbeiter angewiesen. Die Autoren erwähnen, dass Beyerlein kein polenfeindliches Weltbild im Sinne der nationalsozialistischen Weltanschauung gehabt

hatte, sondern sogar gelegentlich Polen oder Juden vor dem Zugriff der Gestapo geschützt haben soll und privat hin und wieder mit Polen zu tun hatte. Allerdings gehörte Beyerlein aufgrund seiner Position im Fernmeldeamt dem uniformierten Postschutz an, weshalb er auf Fotos in dieser Uniform häufig zu sehen ist. Da der Warschauer Aufstand 1944 auch in der Gegend um das Fernmeldeamt stattgefunden hatte und es hier zu Kämpfen zwischen deutschen Truppen und polnischen Freiheitskämpfern gekommen war, gelang es ihm, mehrere Fotos von der Gefangennahme polnischer Aufständischer und deren Exekution ganz in der Nähe des Fernmeldeamtes zu machen. Fotos von Erschossenen und Gefallenen auf Warschauer Straßen zeugen ebenfalls von den Gewalttaten dieses Aufstandes, in dem auch polnische Postmitarbeiter ihr Leben verloren. Die Fotos vom Warschauer Aufstand sind Hermann Beyerleins letzte Fotos aus Warschau. Ende Oktober 1944 kehrte er angesichts des Vormarsches der Roten Armee zurück nach Deutschland (S. 59).

Im sechsten Kapitel gehen die Autoren noch einmal auf die Fotosammlung als eigenen Bestand ein. Beyerlein hatte seine privaten Fotos und die Fotos von seiner Arbeit im Fernmeldeamt separat aufbewahrt. Seinen Söhnen zufolge hatte Beyerlein nach 1945 selten über seine Warschauer Zeit im engsten Familienkreis gesprochen. Die Gründe, warum er die Fotosammlung dennoch aufbewahrt hat, verbleiben deshalb im Dunkeln. Beyerlein blieb nach 1945 weiter im Dienst der Deutschen Post. Nach Meinung der Autoren war Beyerlein kein politischer Mensch im Sinne der NS-Herrschaftsideologie, sondern zählte, wie viele andere seiner Kollegen auch, zu denjenigen Beamten, die sich politisch konform verhielten. Die Autoren bezeichnen deshalb weder „seinen Lebenswandel noch sein politisches Verhalten noch die von ihm aufgenommenen Warschauer Fotos als außergewöhnlich“ (S. 63). Die Fotosammlung betrachten sie als historisch wertvoll, da sie eindrucksvoll vom Alltag eines deutschen Verwaltungsbeamten in einer Stadt unter deutscher Besatzung während des Zweiten Weltkrieges zeugt. Im Epilog gehen die beiden Autoren noch auf die sich in der Sammlung Beyerlein befindenden 61 Fotografien ein, die von seinem Amtskollegen Heinz Körner im Oktober 1944 aufgenommen worden waren und das zerstörte Warschau nach dem Aufstand dokumentieren.

Insgesamt betrachtet bietet das Buch durch seine zweisprachige Text-Foto-Komposition und die Ausführungen zur Geschichte Warschaus unter deutscher Besatzung sowie zur Person Hermann Beyerleins und dessen Tätigkeit im Fernmeldeamt dem Leser einen eindrucksvollen Einblick in das Leben eines deutschen Beamten in einer Besatzungsbehörde. Florian Peters und Rudolf Jaworski haben sich mit der Recherche über das Leben Hermann Beyerleins sowie mit der Sichtung und Auswertung der Fotosammlung viel Mühe gegeben und dadurch die Sammlung Hermann Beyerleins für die Nachwelt gesi-

chert. Allerdings stellt sich dem Leser gelegentlich die Frage der eigentlich nur begrenzten Bewertbarkeit eines visuellen Mediums als eine historische Quelle, wenn die Autoren zu viel in ein Foto hinein interpretieren (S. 36). Manchmal ist ein Foto nur als ein Foto mit begrenzter Aussagekraft zu werten. Der Band ist insgesamt eine gute Komposition für deutsche und polnische Wissenschaftler, die sich mit der Geschichte Warschaus während des Zweiten Weltkrieges und mit der Funktion der deutschen Zivilverwaltung befassen.

Maik Schmerbauch

Dariusz Stola: Kraj bez wyjścia? Migracje z Polski 1949–1989 [Land ohne Ausweg. Migrationen aus Polen 1949–1989], Warszawa: Instytut Studiów Politycznych PAN, IPN 2010, 535 S.

In den jüngsten Auseinandersetzungen um die deutsche *Polonia*, die Gruppe der aus Polen stammenden Bundesbürger, die sich zur Sprache, Kultur und Tradition unseres größten Nachbarlandes im Osten bekennen, ist mehr Pragmatismus zu spüren: Im Zuge der Evaluierung des Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrages, die am sogenannten „Runden Tisch“ 2010/11 stattfand, hat die Diskussion eine neue politische Dimension erreicht. So würdigte unter anderem der Deutsche Bundestag den historischen und gegenwärtigen Beitrag dieser in die deutsche Gesellschaft eingewanderten Gruppe (so wurden die von den Nazis in der Zwischenkriegszeit verfolgten Vertreter der polnischen Gruppe rehabilitiert) und ihre stimulierende Rolle für den deutsch-polnischen Dialog. Darüber hinaus erhielt die *Polonia* ein Koordinationsbüro in Berlin. Ferner entsteht zurzeit am Sitz des „Bundes der Polen“ (gegr. 1921) in Bochum ein virtuelles Museum der polnischsprachigen Einwanderung nach Deutschland. Zwar wurde das wichtigste Postulat der *Polonia* – die Anerkennung der Polen in Deutschland als „nationale Minderheit“ – von der Bundesregierung nicht umgesetzt, aber die Erfolge für die politisch aufgewerteten Organisationen sind nicht zu übersehen. Damit hat die Generation der in den 1980er Jahren in die alte Bundesrepublik eingewanderten Spätaussiedler mit polnischer Identität eine ganze Reihe ihrer wichtigsten Ziele erreicht.

Deutsche Spätaussiedler mit polnischer (Teil-)Identität? Wer ist damit gemeint? Seit zwei Jahrzehnten versuchen Wissenschaftler wie Publizisten, die damaligen Ausreisemotive der verschiedenen Gruppen von Einwanderern aus Polen, deren deutliche Mehrheit die sog. „Spätaussiedler“ stellen, zu ergründen und die heutige rechtliche wie soziale Lage zu charakterisieren. Nicht unberücksichtigt bleiben die Identitätsfragen, die im deutsch-polnischen Grenzgebiet immer wieder für Überraschungen und Irritationen auf der einen oder

anderen Seite sorg(t)en. Diese Debatte findet heute hauptsächlich in Polen statt, wo die Existenz einer ausreisewilligen Gruppe mit deutscher Identität jahrzehntelang tabuisiert oder schlichtweg für nicht vorhanden erklärt wurde. Die Aufarbeitung geschieht heute einerseits im Rahmen einer historischen Auseinandersetzung um die Sozialgeschichte der Volksrepublik Polen (VRP), auf der anderen Seite wirkt sie nicht selten als „Waffe“ in der aktuellen innerpolitischen Auseinandersetzung um eine Deutschlandpolitik „auf Augenhöhe“, in der die Lage, in letzter Zeit aber vor allem der rechtliche Status der „Polen in Deutschland“ immer wieder eine Rolle zu spielen scheint. Umkämpft werden die Spätaussiedler einfach deswegen, weil sie zum großen Teil im staatsbürgerlichen Sinne „beides“ sind: Deutsche und Polen. Die Frage nach ihrer ethnischen oder kulturellen Identität steht auf einem anderen (nicht einfach zu beschreibenden) Blatt.

Die Frage der polnischen Auswanderung in die Bundesrepublik, aber nicht nur dorthin, wurde durch die 2010 von dem Warschauer Historiker Dariusz Stola^{*} verfasste Monografie der polnischen Pass- und Emigrationspolitik wesentlich bereichert: Das Buch „Kraj bez wyjścia“ ist ein bedeutendes Werk von überzeugender wissenschaftlicher Substanz. Die Arbeit beschäftigt sich mit einem der augenscheinlichsten Widersprüche der kommunistischen Ära des Landes, der sich zwischen dem ursprünglichen Anspruch eines nach sowjetischem Muster gestalteten „Landes ohne Ausweg“ und dem allmählichen und schließlich beinahe liberalen „Auflockern“ dieser strengen Prinzipien bewegte. Nur so ist zu erklären, dass ein Land ohne eine offizielle Migrationspolitik zwischen 1949 und 1989 mehr als 2,1 Mio. Menschen erlaubte, es für immer zu verlassen. Das Buch stellt eine spannende Geschichte der widersprüchlichen Evolution parteipolitischer Überlegungen zu Migrationsfragen dar, beleuchtet akribisch die einzelnen „Migrationswellen“ aus Polen und bietet dabei auch ein nach Akteuren differenziertes Bild. Gleichzeitig fehlt es nicht an strukturellen und grundsätzlichen Aussagen zu den einzelnen „Epochen“ der VRP und deren Pass-Politiken aus der Sicht der Machthaber, deren Quellen der Autor im Bereich der Partei, der Geheimdienste und der Verwaltungsbehörden genauestens unter die Lupe nahm. So entstand ein kohärentes und überzeugendes Bild der ideologischen Einstellungen und der von diesem Bild nicht selten abweichenden Praxis, in der ad hoc ergriffene Maßnahmen, nach Interessenlage differenzierte Vorschläge und manchmal auch Zufälle als Ergebnis des Zusammenspiels dieser Machtfaktoren zusammenflossen. Auf der anderen Seite

^{*} Prof. Dr. Dariusz Stola wurde im Februar 2014 von Kulturminister Bogdan Zdrojewski zum Direktor des Museums der Geschichte der polnischen Juden in Warschau ernannt [Anm. d. Red.].

widmet Stola auch den Ausreisewilligen selbst viel Aufmerksamkeit. Er beschreibt ihre Motive, charakterisiert aber auch soziale Herkunft, Bildungsgrad und familiäre Bindungen; schließlich analysiert er alle *push*- und *pull*-Faktoren, die gerade bei den beiden größten Migrantengruppen, die man nur problematisch als „ethnisch“ fassen kann (die aber als „Deutsche“ bzw. „Juden“ ausgehört sind), eine entscheidende Rolle spielten. Nicht außer Acht gelassen wurden die große wie die kleine Politik sowie der Einfluss, den die wichtigsten Empfängerländer auf die Haltung des polnischen Staates ausübten (z. B. „Ostverträge“, „Helsinki-Prozess“). Schließlich berücksichtigt das Buch auch die generelle Prämisse der außenpolitischen Nicht-Souveränität der Volksrepublik Polen, ihre Abhängigkeit von Moskau und den Rechtfertigungszwang für bestimmte migrationspolitische Maßnahmen.

Für Aspekte der deutsch-polnischen Beziehungen hat dieses Buch einen ganz besonderen Wert: Auch wenn es sich nur zu einem bestimmten Grad mit der Auswanderung aus Polen in die beiden deutschen Staaten beschäftigt, so ist es doch eine ihrer anspruchsvollsten Darstellungen. Zugleich dient die Arbeit als Referenz für künftige Studien, da es keine Gesamtmonografie der beschriebenen Problematik gibt. Andere wichtige Arbeiten polnischer Wissenschaftler beschäftigen sich in der Regel mit Teilaspekten der Auswanderung in die Bundesrepublik (vor allem in den 1980er Jahren). Mit anderen Worten: Stola bietet Lesestoff genug, auch wenn er sich in seiner Arbeit nicht nur auf die deutsch-polnische Problematik beschränkt.

Was das Werk auszeichnet, ist eine konsequente Haltung des Autors, die polnische Pass-Politik aus mehreren Winkeln zu beschreiben, darunter auch aus der Perspektive der betroffenen Bevölkerungsgruppen, in diesem Fall sind es die Ausreisewilligen in einen der deutschen Staaten. Seine Arbeit beginnt 1949, d. h. nach dem Abschluss der Vertreibungen und nach der Gründung der Bundesrepublik und der DDR. Während man als Deutscher bis 1948 Polen eher zu verlassen hatte als dort zu bleiben, änderte Polen 1949 im Zuge der Stalinisierung des Landes seine Politik radikal. Als Muster diente die Sowjetunion selbst – ein Staat, dessen Grenze wohl am schwierigsten zu überwinden war. In Polen verblieben damals noch Gruppen nicht vertriebener Deutscher (ca. 130.000), die vor allem zum Aufrechterhalten der Wirtschaft erforderlich waren. Sie galten als „unbestritten“ ethnische Deutsche, die irgendwann abgeschoben werden sollten, da Polen kein Interesse an der Existenz einer deutschen Minderheit hatte. Gleich 1950 zeigte die DDR Interesse, diese Gruppe aufzunehmen, und startete die „Aktion Link“, die etwa 70.000 Menschen umfasste.

Den polnischen Behörden lag von Anfang an daran, nur „richtigen“ Deutschen die Ausreise zu erlauben; sie waren sehr darum bemüht, diese von den

sog. „Autochthonen“ zu trennen. Als solche bezeichnete man die einheimische Bevölkerung der ehemaligen deutsch-polnischen Grenzgebiete, die vor allem in Oberschlesien, aber auch in Pommern und dem ehemaligen Ostpreußen zu Hause war. Ihre Zahl wurde auf ca. 1,1 Mio. geschätzt. Die offizielle Haltung des polnischen Staates, die in politischen Stellungnahmen, aber auch in Gesetzen, in Wissenschaft, Schule und Propaganda allgegenwärtig war, unterschied diese Gruppe von den „echten“ Deutschen, verschonte sie größtenteils vor Vertreibungen und betrachtete sie als „Kinder des Mutterlandes Polen“, die seit Jahrhunderten der Germanisierung trotzten und die nun bereit waren, das neue Polen in den „wiedergewonnenen Gebieten“ aufzubauen. Die Existenz dieser slawischen Bevölkerungsgruppe in den alten Reichsgrenzen, deren Vertreter schlesische Aufständische der Jahre 1919–1921 und nachher Mitglieder des „Bundes der Polen in Deutschland“ (bis 1940) waren, sollte unter anderem den historischen Anspruch auf die „ewig“ polnischen Gebiete an Oder und Neiße untermauern. In Wirklichkeit konnte – wie das in Grenzgebieten der Fall ist – keine saubere Trennung zwischen der deutschen und der polnischen Ethnie vorgenommen werden. Zum einen vertrieb man z. B. pro-polnische Autochthonen, während man pro-deutsche im Lande ließ. Darüber hinaus war der Prozess der Durchmischung der Bevölkerung – gerade in den multikulturell geprägten Industriestandorten in Oberschlesien – so weit fortgeschritten, dass die dort ansässige Bevölkerung selbst diese Unterscheidung nicht mehr wahrnahm und nur schwer akzeptierte. In mehreren Anläufen wurden die Autochthonen (offiziell auf eigenen „Antrag“) zu polnischen Bürgern; diejenigen, die sich weigerten, wurden 1951 „zwangspolonisiert“.

Im Grunde handelt es sich bei der Auswanderung aus Polen nach Deutschland gerade um diese Gruppe der Autochthonen, die bis 1989 beinahe vollständig das Land verlassen hatte. Die Überreste dieser Gruppe gründeten 1989/90 die sogenannten Deutschen Freundeskreise und andere Organisationen der deutschen Minderheit. Ihre Mitgliederzahlen schrumpfen seitdem weiter, auch aufgrund der nach 1990 allgegenwärtigen Pendelmigration: Während man zunächst von ca. 300.000 Deutschen in Polen ausgegangen war, erbrachte die jüngste Volkszählung 2010 nur etwa 130.000 Menschen deutscher Nationalität.

Bereits die 1950 durchgeführte „Aktion Link“ brachte die von Staat und Partei festgelegte Linie, nach der die Integration der Autochthonen im Vordergrund stand (ZK-Beschluss 252), durcheinander. Damals spielte die Einwanderung noch eine große Rolle in der Öffentlichkeit beider deutscher Staaten. Die DDR verband die Aktion mit einem Seitenstich gegen die Bundesrepublik und bat Warschau, schnell und unkompliziert die Ausreise von noch im Lande verbliebenen „unbestrittenen“ Deutschen durchführen zu lassen. Dieses an sich

problematische Kriterium spielte für polnische Parteigremien in jener Zeit die entscheidende Rolle: Nach offizieller Auffassung waren diese Menschen „geografisch“ definiert und lebten in einigen Industriezentren in Niederschlesien (Waldenburg / Wałbrzych, Schweidnitz / Świdnica, Breslau / Wrocław) sowie in einigen staatlichen Landwirtschaftsbetrieben, z. B. in Pommern. Sie genossen dort eine eingeschränkte kulturelle Förderung, etwa durch deutschsprachige Schulen oder Kulturvereine. In Grenzgebieten mit autochthoner Bevölkerung wurden sie dagegen nicht vermutet. Von Anfang an aber bildeten sie nur einen Bruchteil der Ausreisewilligen. Selbst bei der „Aktion Link“ wurde schnell deutlich, dass eine „saubere“ Trennung nach dem quasi-ethnischen Kriterium nicht möglich war: Autochthone stellten auf Wunschlisten der DDR sogar ca. 45 % der Betroffenen. Aber die großen Bewegungen unter den Autochthonen sollten erst kommen. Für die Machthaber in Warschau war es in der Praxis von Anfang an klar: Trotz der deklarativen Haltung, nach der nur „unbestritten“ ethnische Deutsche das Land verlassen durften, war es in der Praxis unmöglich, diese Auffassung umzusetzen. So wurden viele Tausend „ethnische“ Deutsche noch bis Ende der 1950er Jahre in Polen zurückbehalten. Dafür versuchte man von Anfang an, nach einer Mischung zwischen ökonomischen und sozialpolitischen Kriterien zu verfahren: „dringende“ Sozialfälle zu lösen (Waisenkinder, Kriegsversehrte, alte oder kranke Menschen) oder andere Personen, die für die Wirtschaft keinen Nutzen brachten, als erste los zu werden. Später kamen noch andere Kategorien hinzu wie Vorbestrafte, Prostituierte, Asoziale, aber auch „Träger“ der feindlichen Propaganda, d. h. diejenigen, die die Unzufriedenheit mit ihrer Lage lautstark bekundeten.

Stola verdeutlicht hier am Beispiel der „Aktion Link“ und aller späteren Migrationswellen die Beweggründe der Entscheidungsträger, die sich immer weniger an der vermeintlichen „Ethnie“ der Ausreisewilligen orientierten und recht zügig, vor allem in den 1970er Jahren, Aspekte wie wirtschaftliche Zusammenarbeit, Kredite, Entschädigungen und Technologietransfer aus der Bundesrepublik in die Migrationsentscheidungen hineintrugen. Die wichtigste Kerbe in der zunächst monolithischen Auffassung von einer Einheit zwischen Staat und Bevölkerung war am Ende die Auffassung von der „Familienzusammenführung“, die von der Bundesrepublik Deutschland, der DDR, aber auch von der internationalen Politik (z. B. Helsinki-Prozess) eingefordert wurde.

Diese Haltung der Entscheidungsträger korrespondierte anfangs mit den Motiven der Ausreisewilligen, der Trennung von nächsten Familienmitgliedern und dem eigenen wirtschaftlichen Elend. Zu Beginn der 1950er Jahre waren davon aufgrund der Kriegsgeschehen und Nachkriegswirren noch viele Familien betroffen. Die erste große Ausreisewelle, die im Zuge der Lockerung des Stalinismus und des „polnischen Oktobers“ zwischen 1956 und 1958

möglich war, zeigte das ganze Ausmaß: Etwa 180.000 Menschen, zum großen Teil Autochthone, konnten sich darauf berufen, Eltern, Kinder oder Geschwister in einem der deutschen Staaten zu haben. Auch wenn die Familienzusammenführung ein unter humanitären Aspekten gewichtiges Argument in den Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Polen, die seit 1951 durch die jeweiligen Rotkreuz-Organisationen geführt wurden, darstellte, so spielte bei der Ausreise der Autochthonen eine ganze Reihe von Motiven eine Rolle, die – wie wir aus anderen Migrationskontexten wissen – von differenzierten *push-* wie *pull-*Faktoren geprägt werden.

Hier können nur einige von Stola analysierte Aspekte genannt werden. Seiner Meinung nach war die „Familienzusammenführung“ zunächst ein Vorwand, um innenpolitisch in beiden deutschen Staaten zu punkten. Eigentlich ist die räumliche Trennung von erwachsenen Familienmitgliedern ein gesellschaftlich normaler und akzeptierter Zustand, der keiner staatlichen oder humanitären Intervention bedarf. Allerdings erhält er in einer Situation nationaler Diskriminierung und ideologischer Block-Bildung mit einer restriktiven Pass-Politik ein eigenes Gewicht. Daraus folgt die Grundüberlegung: Mal angenommen, Polen wäre 1945 ein „normaler“ Rechtsstaat geworden, in dem es möglich gewesen wäre, den Entschluss auszuwandern frei zu fassen, so wäre es möglicherweise nicht zu einem fast vollständigen Exodus der autochthonen Grenzbevölkerung gekommen. Die Akzeptanz dieses Arguments durch die Machthaber hatte letztendlich alle Bemühungen im Sande verlaufen lassen, die darauf abzielten, die „Aktionen“ schnell und immer wieder „endgültig“ zum Abschluss zu bringen. Diese Idee war zwar von Anfang an Teil der Überlegungen, zog aber letzten Endes immer wieder den Kürzeren. Stola spricht dabei von einer „Katastrophe“, wenn er konstatiert, dass „Leuchtgestalten“ dieser Gruppe wie ehemalige Aufständische, Minderheitenaktivisten oder Angehörige der „Verteidiger der Polnischen Post“ in Danzig bereits Mitte der 1950er Jahre Ausreiseanträge stellten. Dies hatte nichts mit einem plötzlichen Identitätswandel zu tun, vielmehr, so Stola, mit einem Scheitern der „Integrationspolitik“. Nicht jeder Ausreisewillige entschied sich, Polen zu verlassen, weil er sich als Deutscher fühlte, viele taten dies, weil sie „in (West-)Deutschland leben wollten“.

Die Wucht, mit der die Autochthonen mit dem Argument der „Familienzusammenführung“ das Land 1957 bis 1958 und weitere drei Jahrzehnte lang verließen, gleicht einer Kettenreaktion auf widrige Umstände, bei der immer neue Personen aus der Gruppe der Betroffenen erfasst wurden. 1970 hatten nur noch 16.000 Ausreisewillige enge Familienmitglieder in der Bundesrepublik. Untersuchungen haben ergeben, dass 100 neue Antragsteller ca. 115 enge Familienmitglieder im Lande zurückließen. In der Region Oppeln ließen von

dort ausgereiste Personen 1979 gar 120 bis 130 „enge Familienmitglieder“ zurück, die kurze Zeit darauf Anspruch hatten, einen Ausreiseantrag mit der Begründung auf „Familienzusammenführung“ zu stellen. Die Mehrheit der autochthonen Spätaussiedler der 1980er Jahre berief sich auf die Zusammenführung mit Familienmitgliedern, die gerade eben – oder frühestens seit dem Ende der 1970er Jahre – in die Bundesrepublik gekommen waren. Gleichzeitig bildeten sich andere „Ketten“, deren Glieder z. B. mit „neuen“ Bundesbürgern Verheiratete waren oder Personen, die nach einem Urlaubsaufenthalt nicht mehr zurückkehrten und ihre nächsten Verwandten (nach einer Karenzzeit) nachholen wollten.

Vordergründig waren es also die Familienbande, die die Gruppe als solche an einen neuen Ort verpflanzten, wobei vor allem die Netzwerkfunktion von großer Bedeutung für die jeweils neuen Auswanderer war. Sie bot ein Stück emotionale „Heimat“ im neuen Land, Schutz vor Unsicherheit in der unbekannteren Umgebung und viele Tipps, die in der ersten Zeit von hohem praktischem Wert waren. Neben den familiären Bindungen gaben die meisten Ausreisewilligen den Aspekt der deutschen Nationalität als wichtigste zur Migration bewegende Kraft an. Der Wunsch, „als Deutscher unter Deutschen“ zu leben, ist aus mehreren Gründen problematisch, wie Stola ausführt. Heute überwiegt die Auffassung, dass die autochthone slawische Bevölkerung der deutsch-polnischen Grenzgebiete keine klaren und schon gar keine dauerhaften nationalen Präferenzen herausgebildet hatte und geschichtlich in dieser Hinsicht nicht selten mehrgleisig verfuhr und sich, sehr verkürzt gesagt, mal als Polen, mal als Deutsche „ausgab“. Die zuerst angenommene Überzeugung der neuen polnischen Machthaber, alle Autochthonen seien Polen, wich schnell einer Ernüchterung, denn gerade diese kehrten als Masse dem Land nach und nach den Rücken.

Zwar gab es z. B. in Oberschlesien vor 1940 eine polnische Nationalbewegung, die vom „Bund der Polen“ koordiniert wurde, sie erreichte aber nur wenige Autochthone. Die deutsch-polnische Grenze von 1939 steckte bis Mitte der 1980er Jahre virtuell einen Raum ab, aus dem die meisten Ausreiseanträge kamen: Im Westen waren das die Grenzen des Plebiszitgebietes von 1921, im Osten die Städte Gleiwitz / Gliwice, Beuthen / Bytom und Hindenburg / Zabrze. Aber auch die „deutsche Option“ greift im Falle der Autochthonen zu kurz. Mit Sicherheit gab es mehr Autochthone (vor allem Masuren im ehemaligen Ostpreußen), deren Identität mit Deutschland stark ausgeprägt war. Sie stellten schon in den 1950er Jahren die Masse der Ausreisewilligen dar; später wurden sie immer weniger, obwohl der Ausreisestrom nicht schmaler wurde und bald auch diejenigen erreichte, die unter dem Nationalitätenaspekt als indifferent gelten könnten.

Stola nennt viele Gründe, die die einheimische Bevölkerung bereits gleich nach Kriegsende auf Distanz zu dem neuen polnischen Staat – gleichermaßen zu dessen Vertretern (Machhabern) wie zu den „neuen Nachbarn“, die entweder aus den polnischen Ostgebieten vertrieben worden waren oder aus Zentralpolen kamen – gehen ließen. Zwischen Deutschen und Autochthonen vor Ort (dabei muss noch einmal festgestellt werden, dass viele Autochthone von einer solchen Trennung nichts wussten oder nichts wissen wollten) war es zu einer „erlebten Schicksalsgemeinschaft“ gekommen, denn die Haltung der neuen Eroberer den beiden Gruppen gegenüber war trotz ethnisch-ideologischer Unterscheidung in der Praxis sehr ähnlich. Gewaltakte, die die besiegte Bevölkerung nach dem Krieg über sich ergehen lassen musste: Enteignungen, Diebstähle, Folter, Vergewaltigung, Demütigung, betrafen beide Gruppen gleichermaßen, ebenso die „Leidensgemeinschaft“ in polnischen Konzentrationslagern, wo aufmüpfige Deutsche (darunter Autochthone) deportiert und versklavt wurden. Hier merkten alle „Besiegten“, wer und wie der neue Staat war, und begannen gleichermaßen, ihr Leid unreflektiert zu verbrämen – unreflektiert in dem Sinne, dass der Krieg für sie nicht 1939, sondern eben 1945 begann. Die meisten von ihnen betrachteten die Gewalttaten der Polen als Vergeltung für die Gräueltaten der Deutschen, fühlten sich aber dafür nicht persönlich verantwortlich. Die Rache der Polen empfanden sie deswegen als willkürlich und unangemessen.

Die ersten Nachkriegsjahre können aus heutiger Sicht als die Zeit einer Kolonisierung der „wiedergewonnenen Gebiete“ betrachtet werden, in denen der polnische Staat viele Maßnahmen ergriff, um die kulturelle Identität der betroffenen einheimischen Gruppe gewaltsam zu zerstören: vom Verbot der deutschen Sprache über die vorsätzliche Zerstörung deutscher Kulturdenkmäler bis hin zu tagtäglicher Diskriminierung in der Schule, am Arbeitsplatz oder in der Öffentlichkeit. Antideutsche Einstellungen waren nach dem Krieg in Polen allgegenwärtig und vor allem Autochthone fielen ihnen (in Ermangelung anderer Deutscher) zum Opfer. Obschon die Ideologen des Staates und der Partei diese Gruppe für „das Polentum gewinnen“ wollten, blieben die zaghaften Maßnahmen angesichts der feindlichen Stimmung vor Ort oft ohne Wirkung. Die lokalen oder regionalen Behörden in den am meisten betroffenen Wojewodschaften Oppeln / Opole, Kattowitz / Katowice und Allenstein / Olsztyn betrachteten „ihre“ Autochthonen als eine Art Fremdkörper. Nicht nur der Staat, sondern auch Generationen von polnischen Neuansiedlern vertraten diese Auffassung in den tagtäglichen Kontakten mit Autochthonen. Sie – die Neuansiedler – verkörperten die neue Macht (Politik, Verwaltung, Polizei, Gerichte), sie bestimmten über die Medien, das Schulwesen, die Kultur und sie ließen es die Autochthonen nicht selten spüren, dass sie als Deutsche

eigentlich unerwünscht waren. Diese Einstellung veränderte sich nur allmählich, bis Anfang der 1970er Jahre war sie allgegenwärtig. Später war sie etwas weniger spürbar, aber Berichte über Druckausübung in den Schulen, Studienverbote, schlechte Erfahrungen beim polnischen Militär lassen sich bis in die 1980er Jahre nachweisen und das Fach Deutsch als Fremdsprache wurde von den Schulämtern der Wojewodschaften Oppeln und Kattowitz sogar bis 1989 nicht angeboten. Viele Betroffene betrachteten diesen Umgang als ungerecht, da aber eine „normale“ Diskussion darüber in der VRP nicht möglich war und es auch unter den Autochthonen nur wenige intellektuell versierte Individuen gab, die eine solche Diskussion hätten führen können, entschieden sich die meisten dafür, mit den „Füßen“ abzustimmen. Die Politik der westdeutschen Familienzusammenführung war eine wirksame „Pforte“, durch die mal ein schmalerer, mal ein breiterer Strom von Migranten fließen konnte.

Dabei spielte auch der Faktor des „Vereinsamungs-Komplexes“ eine Rolle. Da die Bewegung große Ausmaße erreichte, wollte am Ende niemand mehr alleine bleiben. Von Anfang an galt die Regel, dass Deutsche aus Kreisen, in denen es nur wenige von ihnen gab, deutlich schneller und häufiger einen Ausreiseantrag stellten (Daten für die 1950er Jahre: Kreis Grottkau / Grodków 60 %, Neiße / Nysa 37 %). Große Autochthonen-Gruppen waren zunächst nur am Rande davon betroffen (Groß Strehlitz / Strzelce Opolskie 2-3 %). „Migrationsbewegung“ bedeute, so Stola, dass Menschen anderen gleichgesinnten Menschen folgen, wodurch sie ihren gesellschaftlichen Charakter aufweise. Der Heimatbegriff löse sich auf diese Weise von seinem geografischen Kontext und übertrage sich auf die virtuelle Dimension der „Menschen aus der Heimat“. Die Autochthonen folgten dabei einer emotionalen, aber auch rationalen Logik, da sie in Polen stigmatisiert und ihres Sozialkapitals beraubt wurden. Durch die Migration versiegten Quellen des gesellschaftlichen Zusammenhalts, der gruppeninternen Solidarität. So war es für die Zurückgebliebenen nur folgerichtig, dem Sozialkapital der eigenen Gruppe nachzuzufolgen.

Die Bundesrepublik Deutschland empfing die Autochthonen offiziell mit offenen Armen und einer Fülle von sozialpolitischen Maßnahmen, die eine Eingliederung in die neue Gesellschaft ermöglichen sollten. Das Grundgesetz garantierte ihnen eine schnelle Zuerkennung der deutschen (nie verlorenen) Staatsbürgerrechte. Über 40 verschiedene Geld- und Sachleistungen, vom „Begrüßungsgeld“ über Entschädigungen für zurückgelassene Vermögenswerte bis hin zu einer sofortigen Aufnahme in alle Sozialversicherungssysteme, sorgten für eine schnelle Integration. Diese traf am Anfang auf integrations-, ja assimilationswillige Menschen, die noch zum großen Teil Deutsch konnten und sich stark mit Deutschland identifizierten.

Bei der Masse der Spätaussiedler seit dem Ende der 1970er, mit Sicherheit aber seit Mitte der 1980er Jahre war das immer weniger der Fall, bis sich irgendwann praktisch die ganze Gruppe der Autochthonen in der Bundesrepublik ansiedelte. Aufgrund der akuten wirtschaftlichen Krise in Polen kamen von 1986 bis 1989 nochmals fast eine halbe Million Aussiedler, die in der Regel keine „Autochthonen“ waren und somit auch keine wie auch immer geartete historische oder kulturelle Nähe zu Deutschland spürten. Stola betrachtet die „letzten Aussiedler“ aus Polen als vollkommen polnisch sozialisierte Menschen, die auffallend jung waren und einen Weg suchten, Polen zu verlassen. Deutschland als Zielland war eine Option für sie, aber keine zwingende. Entscheidend für den Verbleib in der Bundesrepublik war eher die Möglichkeit, hier legal Fuß zu fassen. Die Dokumente, die diesen Menschen den Aussiedlerstatus sicherten, waren in Deutschland selbst nicht unumstritten: die Deutsche Volksliste und ähnliche Nachweise, die die Großeltern der Betroffenen versteckt hielten. Die Volksliste war im Zweiten Weltkrieg ein Instrument zur Germanisierung des polnischen Volkes gewesen; dass sich die Menschen ausgerechnet auf diese „völkische“ Regelung beriefen, war kein, wie Timothy Garton Ash meinte, „Missbrauch der geltenden Vorschriften, sondern ein ironischer Kommentar dazu“. Die geografischen Grenzen der Ankömmlinge erreichten nun die Grenzen Deutschlands von 1914 (z. B. Danzig, Thorn, Bromberg, Posen), die „neuen Deutschen“ waren plötzlich tatsächlich „polnisch“ geworden, so Stola.

Und es kamen viele: Die Zahl der Aussiedler – nun „aus Polen“ – geht in die Hunderttausende (nach Stola konnten sich etwa 4. Mio. Polen auf die Deutsche Volksliste berufen). Sie konnten in der Regel kein Deutsch und hatten typisch polnische Biografien. Dafür waren sie gut ausgebildet, viele hatten einen höheren Abschluss. Das unterschied sie von den früheren Aussiedlern „aus Oberschlesien“ und gar aus anderen Ländern wie der Sowjetunion und Rumänien. Aus den Eliten dieser Migrationsbewegung rekrutieren sich heute die Funktionäre der *Polonia*-Organisationen, die in der letzten Zeit den Status einer „nationalen Minderheit“ für sich einforderten. Allerdings stellen auch sie heute nur eine Randerscheinung dar: Die meisten „polnischen“ Aussiedler – egal, wie ihre Biografie in Polen aussah – integrierten, ja assimilierten sich nicht selten so erfolgreich, dass man heute eher von einer „unsichtbaren“ Minderheit sprechen müsste. Ihre Kinder sprechen nur selten polnisch, wurden zu Deutschen. Wie das kam, steht aber auf einem anderen Blatt deutsch-polnischer Geschichte.

Dariusz Stola schildert die Geschichte der polnischen Ausreisewilligen – nicht die der Aussiedler – kompetent und überzeugend. Das Werk kann an dieser Stelle auch wegen der anderen inhaltlichen Aspekte, die hier nicht

erwähnt wurden – z. B. die Urlaubsreisen oder die Pendelmigration in die ehemaligen „sozialistischen Staaten“ –, nicht hoch genug gewürdigt werden. Völlig ausgeblendet wurde in dieser Stellungnahme die nicht weniger spannende Darstellung des Exodus der polnischen Juden, der 1968 eine tragische Komponente hatte, die ebenfalls mit einem „ethnischen“ Verständnis der Migration zu tun hat. Lohnend sind auch Stolas Überlegungen zum Wesen der ideologischen wie praktischen Vorgaben einer Pass-Politik, denn der Pass an sich stellte in der Epoche der VR Polen einen der begehrtesten Gegenstände dar, er war ein Mythos und ein Fetisch für Generationen polnischer Bürger. Das Buch wurde 2010 vom Polnischen Institut für Nationales Gedenken veröffentlicht und wartet noch auf seine deutsche Übersetzung. Diese wäre, gerade weil sich die Arbeit mit so vielen deutsch-polnischen Aspekten beschäftigt, dringend erforderlich.

Andrzej Kaluza

Legitimation und Protest. Gesellschaftliche Unruhe in Polen, Ostdeutschland und anderen Transformationsländern nach 1989. Hrsg. v. Dieter Bingen, Maria Jarosz und Peter Oliver Loew, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2012, 314 S., Abb. (Veröffentlichungen des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt; 31)

Der politische Umbruch von 1989/90 führte zu einer Systemtransformation in den postkommunistischen Ländern. Dadurch gewann die Idee zivilgesellschaftlichen Handelns „eine ganz neue Qualität“ (S. 5). Auf diesen Prozess reagierten Teile der Gesellschaft mit Unterstützung und Zustimmung, die ökonomischen Verlierer äußerten jedoch Skepsis und Ablehnung. Deren Kritik wurde in vielfältigen Formen des Protests artikuliert, welche von Streiks über Großkundgebungen bis hin zu gewalttätigen Auseinandersetzungen reichten.

Auf einer interdisziplinären Nachwuchstagung gingen Wissenschaftler auf Proteste, aufkommenden Populismus sowie auf Reaktionen der Regierenden ein. Die Veranstalter waren Dieter Bingen, Direktor des Deutschen Polen-Instituts, und sein Mitarbeiter Peter Oliver Loew sowie Maria Jarosz vom Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau. Die vorliegende Publikation greift die meisten Beiträge dieser Tagung auf. Als Forschungsdesiderat der Veranstaltung galt die „Grenzen überschreitende Darstellung unterschiedlicher sozialer und politischer Protestformen in Ostmitteleuropa nach der Epochenwende von 1989/90“ (S. 7). Auch sollten regionale grenzüberschreitende Zusammenhänge sozialer Bewegungen sowie der Bereich der organisierten Arbeitnehmerproteste untersucht werden.

Der erste Teil des Bandes „Populismus, Protest und Systemtransformation“ fasst die beiden ersten Panels der Tagung zusammen, welche von Stefan Garsztecki und Klaus Bachmann geleitet wurden. Leider wurde lediglich die Hälfte der dort vorgestellten Beiträge im Tagungsband publiziert. Stefan Garsztecki stellt in seinem Beitrag den Bezug zu sozialen Protesten in Ostmitteleuropa her. Er vergleicht populistische Parteien hinsichtlich ihrer Themen, Merkmale und Forderungen und geht dabei auf Besonderheiten des Links- und Rechtspopulismus wie auch des ostmitteleuropäischen Populismus ein. Seiner Ansicht nach lässt sich Populismus als ein länder- und strömungsübergreifendes Merkmal europäischer Demokratien verstehen, das sich nicht in ein „Rechts-Links“-Schema pressen lässt“ (S. 17). Garsztecki plädiert dafür, die Transformationsstaaten nicht mehr gesondert zu untersuchen. Seiner Ansicht nach sind Populismus, Nationalismus und Extremismus Phänomene der zeitgenössischen repräsentativ-liberalen Demokratie, der er ein nahendes Ende bescheinigt. Garsztecki empfiehlt eine konsequente Modifikation der Demokratie in Form einer zunehmenden Dezentralisierung und stärkeren Bürgernähe (S. 28 f.).

Klaus Bachmann bietet in seinem Beitrag Definitionen des Begriffs „Populismus“, welcher neutral als Politikstil, aber auch wertend als Ideologie gesehen werden kann. Seiner Ansicht nach ist der Populismus ein heterogenes Phänomen, das sowohl Bedrohung als auch Chance für die Demokratie sein kann. Für den Warschauer Politikwissenschaftler unterscheiden sich populistische Parteien insbesondere durch ihre Eigenschaft als *one-leader*- und *one-issue*-Parteien, welche beinahe vollständig auf Parteiprogramme verzichten. Gleichzeitig betreiben sie eine doppelte Ausgrenzung, die sich deutlich gegen etablierte Parteien wendet und mittels vager Feindbilder versucht, Anhänger und Wähler zu mobilisieren und die eigene Identität zu stärken (S. 37 ff.). Bachmanns Ansicht nach gibt es keine Patentlösung im Umgang mit populistischen Parteien, „gerade weil sie kein einfaches Verhältnis zur Demokratie haben und in den meisten Fällen weder eine eindeutige Gefahr, noch eine eindeutige Chance für den demokratischen Entscheidungsprozess darstellen“ (S. 49).

Der Beitrag von Maria Jarosz bewertet insbesondere am Beispiel Polens die sozialen und politischen Folgen der Systemtransformation. Die Warschauer Soziologin widmet sich hauptsächlich der politischen Kultur, in welcher sachorientierte Debatten oft von emotionalen oder geschichtlichen Diskussionen überlagert werden. Ursachen dafür sieht sie in „europäische[n] demokratische[n] Traditionen, kulturelle[n] und politische[n] Merkmale[n] der Region [wie] auch [der] polnische[n] Geschichte und Kultur“ (S. 56). Sie zieht eine ambivalente, jedoch grundsätzlich optimistisch gestimmte Bilanz des politischen Umbruchs.

Anschließend ordnet Łukasz Scheffs die mit populistischen Themen operierende Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) in den Diskurs ein. Der Posener Politikwissenschaftler geht dabei auf das politische Marketing der Partei ein, das sich auf die Führerfigur Jarosław Kaczyński und eine Polarisierung der Gesellschaft konzentriert. Dennoch warnt Scheffs vor einer pauschalen Verurteilung der PiS-Politik, denn es falle schwer, „die Regierungszeit der PiS [...] als außergewöhnlich anzusehen, genau so, wie es schwer fällt, die These zu verteidigen, dass die PiS tatsächlich ausschließlich eine Partei des populistischen Protests sei und als solche auf mittelbare oder mehr noch unmittelbare Weise die polnische Demokratie bedroht habe“ (S. 84).

Martin Dahl wirft einen Blick auf die sozial Ausgegrenzten in der polnischen Gesellschaft. Der Psychologe und Ökonom verdeutlicht, dass die Chancenlosigkeit durch die frühe Selektion auf die nächste Generation der Verlierer der Transformation zunimmt und sich so quasi vererben würde. „Meiner Ansicht nach stellte das Auseinanderdriften der Bevölkerungsschichten in Bezug auf die Vermögensverhältnisse die wichtigste negative Folge der Einführung der Marktwirtschaft nach 1989 dar“ (S. 88). Dahl zufolge könne der Rückzug des Staates aus der Sozialpolitik als größtes Problem der Systemtransformation gewertet werden. Gleichzeitig konstatiert er eine weitreichende politische Passivität insbesondere in Kreisen ehemaliger Landarbeiter; hier findet kaum sozialer Protest statt. Seiner Meinung nach sei es weder dem Bildungs-, noch dem Gesundheitssystem gelungen, adäquat auf diese Problematik zu reagieren.

Piotr Kocyba analysiert in seinem Beitrag die Autonomiebewegung in Oberschlesien. Der Politikwissenschaftler zeigt auf, dass Teile der Bevölkerung dieses Gebietes eine regionale Identität besitzen, welche weder einer polnischen noch einer deutschen Nationalität entspricht. Hier hat sich eine Bewegung entwickelt, welche politische, soziale und kulturelle Themen miteinander verknüpft. Kocyba geht auf die Ideologie, Vernetzung und Geschichtspolitik der Bewegung ein. Dabei betont er die besondere Rolle des oberschlesischen Regionalismus, wofür nicht nur das „deutliche Empfinden einer ethnisch-regionalen Identität“ spricht, sondern auch die „im binnenpolitischen Vergleich einzigartige Tradition“ (S. 97) des Kattowitzer Schlesiens.

Der zweite Abschnitt des Buches ist der Thematik „Rechtsradikalismus und Antisemitismus“ gewidmet und entspricht dem von Dieter Bingen geleiteten Panel zu diesem bedenklichen Auswuchs gesellschaftlichen Protests. Aron Buzogány untersucht den Erfolg der extrem rechten Bewegung in Ungarn mit der zur Partei gewordenen Bewegung „Jobbik“. Der Forschungsreferent macht die Bipolarisierung des ungarischen Parteiensystems für die gesellschaftliche Nachfrage nach einer rechten Partei verantwortlich. Buzogány zeigt, wie sich

„Jobbik“ durch eine Verknüpfung bereits existierender Debatten, „die sich durch die Krise des ungarischen politischen Systems ergebenden politischen Möglichkeitsstrukturen“ (S. 116) rasch etablieren konnte. Bei der Untersuchung der Erfolgsfrage der rechtsradikalen „Jobbik“ räumt Buzogány mit einem Mythos auf: Die Wählerschaft von „Jobbik“ bestehe nicht nur aus Transformationsverlierern und bildungsfernen Schichten, ihre Anhängerschaft sei vielmehr eine sehr heterogene Gruppe (S. 128). Neben den politischen Inhalten sieht Buzogány die Ressourcenmobilisierung durch vielfältige Netzwerke als einen dem Wahlerfolg dienlichen Aspekt.

Florian Ferger widerlegt in seinem Beitrag die „Modernisierungshypothese“ für Ostmitteleuropa, welche einen Zusammenhang zwischen Wirtschaftskrisen und rechtsextremen Einstellungen postuliert. Der Soziologe sieht in Werteproblematiken eine deutlich adäquatere Erklärung für das gehäufte Auftreten von Fremdenfeindlichkeit im Untersuchungsgebiet. Rechte Einstellungen seien keineswegs konzentriert bei Modernisierungsverlierern zu finden: „Es ist bisher nicht gelungen, soziale Lagen zu definieren, in denen rechte Einstellungen entstehen“ (S. 149). Daher sieht Ferger einen stärkeren Einfluss durch normative Verunsicherung als durch ökonomische Benachteiligung; nur so ließe sich die gleichmäßige Streuung rechter Einstellungen quer zu allen sozialen Lagen und Klassen verstehen. Mit Antisemitismus und anderen Ressentiments beschäftigt sich Daniel Fleisch. Anhand zahlreicher polnischer Beispiele betrachtet er aktuelle Ausprägungen. Dabei untersucht er die Vorwürfe, Freimaurer oder ein „verkappter“ Jude zu sein. Anhand dieser Beispiele zeige sich, dass Antisemitismus nicht zwingend gegen „tatsächliche“ Juden gerichtet sein muss. Der Politikwissenschaftler versteht Antisemitismus als Ausdruck der Unzufriedenheit mit der politisch-ökonomischen Transformation. Er sieht in einer klaren Analyse „der Missstände, gegen die sich Protest richtet, eine notwendige Voraussetzung dafür [...], dass diese Probleme überhaupt gelöst werden können“ (S. 164).

Das auf der Tagung von Dieter Rucht geleitete letzte Panel bildet im Tagungsband das dritte Kapitel. Dieses konzentriert sich auf neue soziale Protestbewegungen in Ostmitteleuropa. Am Beispiel der Proteste gegen die Treuhandanstalt weist Marcus Böick nach, dass die mediale Berichterstattung in den frühen 1990er Jahren zur Manifestierung polarer Wahrnehmungsmuster zwischen West- und Ostdeutschen beitrug. Anhand von Fallbeispielen leitet der Historiker eine spezifisch ostdeutsche Protestkultur ab. Dabei arbeitet er den vielfältigen, dezentralen Charakter der Bewegungen heraus, die als gemeinsamen Nenner einen diffusen Antikapitalismus hatten. Piotr Antoniewicz beschreibt die Bewegung der polnischen Globalisierungskritiker. Er konstatiert, dass die Protestform der Demonstration eine gewichtigere Rolle spielte

als der Streik. Der Soziologe stellt die polnischen Antiglobalisierungsproteste dar, welche sich vorwiegend des traditionellen Protestrepertoires bedienen und es ungeachtet einiger Erfolge nicht erreichen, größere Menschenmassen zu mobilisieren. Dabei arbeitet er einige Charakteristika der antiglobalistischen Proteste in Polen heraus. Im folgenden Beitrag betrachtet Adam Ostolski die Rezeption der polnischen Ökologiebewegung in Abhängigkeit zum politischen System. Der Soziologe untersucht, wie die Umweltproteste nach 1989 in die öffentliche Debatte eingegangen sind. Nach einem kurzen historischen Abriss der Ökologiebewegung der 1980er Jahre nimmt er exemplarisch die drei größten landesweiten Protestaktionen in den Blick. Anhand dieser veranschaulicht er den Wandel der Umweltbewegung.

Marta Trawińska analysiert in ihrem Beitrag die Frauenrechtsbewegung in Polen. Sie weist darauf hin, dass Frauen nicht nur Objekt, sondern auch Subjekt der Transformation gewesen seien. Die Soziologin stellt dar, dass Bewegungen von Frauen in Polen in den vergangenen Jahren mehrfach für Aufsehen gesorgt haben, was auf ein großes Protestpotenzial und ein bestimmtes Maß an gesellschaftlicher Akzeptanz schließen lasse. Sie stellt ausgewählte Proteste vor und benennt „dabei auch die Gründe für die kollektiven Akte des Widerstands“ (S. 219). Nach Trawińska habe die starke Feminisierung des öffentlichen Sektors zu einer Revitalisierung der Gewerkschaftsbewegung geführt.

Andrea Priebe und Dorothee Marth konzentrieren sich in ihrem Beitrag auf den Bereich der Inszenierungen. Die beiden Politikwissenschaftlerinnen analysieren die Aktionen der ukrainischen Frauenrechtsgruppe „Femen“, die provokantes Auftreten mit politischen Botschaften verbindet. Im Folgenden interpretiert Agnieszka Zagańczyk-Neufeld die Erfolglosigkeit großer gesellschaftlicher Proteste nach 1989 in Polen „als Folge einer Dominanz des neopositivistischen Diskurses“ (S. 12). Die Politikwissenschaftlerin erarbeitet in einem ideengeschichtlichen Ansatz die Geschichte der polnischen Protestkultur. Dabei verfolgt sie die These, dass die miteinander verbundenen Konzepte der Zivilgesellschaft und der Neuen Sozialen Bewegung nur bedingt auf die Geschichte des gesellschaftlichen Protests anwendbar sind. Die Ursachen für die Misserfolge der Proteste nach 1989 müssten daher in der Geschichte der polnischen Protestkultur gesucht werden.

Der Band endet mit zwei Beiträgen zu „Legitimität und Erinnerungskultur“ aus dem von Peter Oliver Loew geleiteten Tagungspanel. Piotr Forecki widmet sich den Debatten um die Begräbnisstätten des Dichters Czesław Miłosz und des Präsidenten Lech Kaczyński. An diesen zeigt er das spontane Entstehen gesellschaftlicher Protestbewegungen auf. Der Politikwissenschaftler analysiert die Kontroversen hinsichtlich der rhetorischen Strategien der Befürworter und

der Konstruktion der gegnerischen Anklage. Forecki kontrastiert die umstrittene Beisetzung des Präsidenten mit der des Anti-Polen. Seine Quellen sind dabei vor allem öffentliche Äußerungen und Texte. Für ihn „deutet sich an, dass die politischen Konflikte in Polen auch heute noch im Schatten von Särgen und unter Verwendung von Särgen ausgetragen werden“ (S. 285).

Im abschließenden Beitrag befasst sich Peter Römer mit Aufarbeitungsprozessen in Polen und Deutschland nach 1989. Der Historiker versteht diese als mehrfachen Ideentransfer und Verkettung von Aufarbeitungsimpulsen. Die enge Verknüpfung der Erinnerungskulturen beider Länder wirke sich auf die Aufarbeitung aus. Römer verfolgt nicht das Ziel, einen Gesamtüberblick über Aufarbeitungswege zu geben, sondern vielmehr das Nachdenken über Aufarbeitungsverläufe als Eingriffe in die kollektive Erinnerung beider Nationen. Weiterhin möchte er den Blick auf erinnerungskulturelle Gegenbewegungen zu staatlichen Aufarbeitungsprozessen lenken, „die auch transnationale Wirkung entfaltet haben. Hierfür werden zunächst die verwendeten Begriffe und Vorannahmen verdeutlicht“ (S. 287). Seiner Ansicht nach darf die Aufarbeitung beider Länder nicht nur als nationaler Prozess verstanden werden, sondern muss auch als Verflechtungsgeschichte gesehen werden, welche die Chance bietet, „die binationalen Auseinandersetzungen, die es in den letzten Jahren um die Vergangenheit gab, hinter sich zu lassen – nicht ohne aus ihnen zu lernen“ (S. 304).

Mit diesem multiperspektivischen Tagungsband leisten die Herausgeber wie auch die zu Wort kommenden Wissenschaftler einen essenziellen Beitrag für den Geist der Demokratie und die europäische Erinnerungskultur. Die Qualität und die Bandbreite der Beiträge tragen maßgeblich zum gestellten Ziel bei, die Bedeutung von Populismus und sozialen wie politischen Protesten für das postkommunistische Ostmitteleuropa allgemein und für Deutschland und Polen speziell zu klären. Gleichzeitig wäre es wünschenswert, wenn der eher regionale Blickwinkel erweitert würde, denn Populismus und Fremdenfeindlichkeit finden sich in ganz Europa.

Felicitas Söhner

*Gregor Ploch: Clemens Riedel (1914–2003) und die katholischen deutschen Vertriebenenorganisationen. Motor oder Hemmschuh des deutsch-polnischen Verständigungsprozesses?, Berlin: Lit Verlag 2011, 329 S. (Beiträge zu Theologie, Kirche und Gesellschaft im. 20. Jahrhundert; 21)**

Gregor Plochs Studie thematisiert die Beziehung zwischen den deutschen Katholiken, die als Folge des Zweiten Weltkrieges die deutschen Ostgebiete verlassen mussten, und der katholischen Kirche in Polen. Der Autor ist bemüht, die Rolle des Glaubens sowie der katholischen Kirche bei der Gestaltung des deutsch-polnischen Nachkriegsdialogs zu bestimmen. Ploch verfolgt ebenfalls die Gemeinsamkeiten und die Differenzen beider Seiten bei der Betrachtungsweise von Streitfragen wie der Oder-Neiße-Grenze, der deutschen Minderheit in Polen sowie der Umgestaltung der Kirchenverwaltung in den ehemaligen deutschen Gebieten in der Nachkriegszeit. Clemens Riedel (1914–2003) steht im Hinblick auf seine aktive Teilnahme in den wichtigsten katholischen Gremien sowie auf sein Engagement im politischen Leben der Bundesrepublik im Zentrum der Analyse.

Ploch setzt den Hauptteil seiner Analyse im Jahr 1965 an, indem er anmerkt, dieses Jahr sei entscheidend für die Geschichte der gemeinsamen Beziehungen zwischen deutschen und polnischen Katholiken gewesen. In diesem Jahr fand der Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen katholischen Bischöfen statt, der wesentlich zu dem Beginn eines gemeinsamen Dialogs beitrug. Als Enddatum seiner Forschungen gibt er das Jahr 1989 an und den Fall des Kommunismus weltweit, jedoch behandelt er auch mehrfach Probleme, die über diesen Zeitrahmen hinausgehen. Der Inhalt der Arbeit ist nach Problemfeldern strukturiert und in zwei Hauptteile gegliedert.

Im ersten Teil entwirft der Autor den geschichtlichen Hintergrund der später durchgeführten Analyse. In erster Linie beschreibt er den Entstehungsprozess von katholischen Organisationen zur Sammlung der vertriebenen Deutschen sowie die Aktivitäten des deutschen Episkopats gegenüber den „neuen Seelen“, die von östlich der Oder-Neiße-Grenze kamen. Ploch zitiert eine Reihe von Fakten, die er im zweiten Teil des Bandes gründlich analysiert und auf deren Ursache und Wirkung er eingeht. Im zweiten Unterkapitel beschreibt er die Geschichte der katholischen Kirche in Polen in den Jahren 1945–1989, wobei er besondere Aufmerksamkeit den Beziehungen zwischen Staat und Kirche widmet sowie der Verfolgung der Kirche durch das kommu-

* Bei der folgenden Besprechung handelt es sich um eine Zweitrezension dieses Werkes. Eine erste Besprechung von Maik Schmerbauch ist in *Inter Finitimos* 10 (2012), S. 286-292, erschienen [Anm. d. Red.].

nistische Regime der Volksrepublik Polen. An dieser Stelle fehlen jedoch Informationen über die Beziehungen zwischen der deutschen Bevölkerung, die in den sog. „wiedergewonnenen Gebieten“ verblieb, und der sich organisierenden polnischen Kirchenverwaltung, die dann einen wesentlichen Teil der Ausführungen in der zweiten Buchhälfte darstellt. Zusammenfassend stellt Ploch fest, dass der Organisationsprozess von katholischen Vertriebenen in verschiedenen Richtungen verlief, was letztendlich die Entstehung mehrerer Vertriebenenorganisationen in der BRD zur Folge hatte. Währenddessen kämpfte in Polen die katholische Kirche mit der kommunistischen Macht. Dies verschlang deren sämtliche Kräfte, was dazu führte, dass zu dieser Zeit keine ausschlaggebenden Initiativen zugunsten der Versöhnung deutscher und polnischer Katholiken unternommen wurden.

Im zweiten Teil befasst sich Ploch mit den Nachkriegsbeziehungen der Katholiken beider Nationalitäten. Im ersten Kapitel stellt er den deutsch-polnischen Versöhnungsprozess innerhalb der katholischen Kirche dar, indem er ihn in drei zeitliche Abschnitte gliedert. Die Analyse des ersten (1945–1965) umfasst vor allem die Breslauer Erzdiözese, die in zwei Diözesen, Breslau / Wrocław und Kattowitz / Katowice, gegliedert war. Die meisten vertriebenen Katholiken, die nach 1945 in die Bundesrepublik kamen, stammten eben aus Schlesien. Ploch legt den Fokus in erster Linie auf die Organisation der polnischen Kirchenverwaltung in Schlesien sowie auf die Aktivität der polnischen Kirche gegenüber der deutschen Bevölkerung. Hierbei verwendet Ploch den Begriff „Autochthone“ in Bezug auf die oberschlesische Bevölkerung, indem er auf die eigene Identität der Bewohner Oberschlesiens hinweist. Weiter geht der Autor auf die Tätigkeit von zwei polnischen Bischöfen ein: Bolesław Kominek (Verwalter des Apostolats in Opole / Oppeln) und Stanisław Adamski (Bischof von Kattowitz), die sich um die Seelsorge der in Oberschlesien verbliebenen Deutschen bemühten. Interessanterweise weist der Autor darauf hin, dass – obwohl deutsche Katholiken sich der polnischen Kirche in Oberschlesien anschlossen – Kominek und Adamski von katholischen Vertriebenenorganisationen als Deutschen gegenüber abgeneigt, gar feindselig angesehen wurden.

Der zweite Abschnitt (1965–1972) setzt sich mit der Tätigkeit der 1966 gegründeten Arbeitsgemeinschaft Katholischer Vertriebenenorganisationen (AKVO) auseinander, deren erster Sprecher Clemens Riedel war. In dieser Zeit galt die Oder-Neiße-Grenze als das Hauptanliegen der verschiedenen Vertriebenenorganisationen. Auch Riedel erkannte das Gewicht dieses Problems für die Beziehungen zwischen Polen und der BRD. Plochs Ansicht nach war Riedel kein Gegner des Dialogs, dennoch – wie im Falle der meisten Vertriebenen – hielt er die Vertreibung für gesetzeswidrig. Ploch analysiert auch

das Veto der AKVO gegen die Umgestaltung der oberschlesischen Kirchenverwaltung. In dieser Zeit kam es zum ersten Mal zu einer Einigung zwischen der AKVO und dem polnischen Episkopat, welche infolge der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze 1970 durch die Bundesregierung unter Willy Brandt damit endete, dass der Heilige Stuhl 1972 die polnische Kirchenverwaltung in den „wiedergewonnenen Gebieten“ sanktionierte.

Der dritte Abschnitt (1972–1989) geht auf die Aktivitäten der katholischen Vertriebenen ein, die sich – wie die meisten Vertriebenenorganisationen – gegen Brandts neue Ostpolitik richteten. Ploch stellt fest, dass wegen der Rücksicht auf den gemeinsamen Glauben und die Kirchenzugehörigkeit die Rhetorik der Vertriebenen gegenüber Polen deutlich weniger radikal war als die der Vertriebenenverbände. Weiter stellt der Autor zwei Probleme gegenüber: den Revanchismus innerhalb der katholischen Vertriebenen und den Nationalismus seitens des polnischen Episkopats. Er analysiert die Art der gegenseitigen Anschauung beider Seiten, da die kommunistische Propaganda von Anfang an alle Bewohner der Bundesrepublik als Revanchisten abstempelte. Mit der Zeit blieb diese Etikettierung nur noch den vertriebenen Deutschen vorbehalten, darunter auch den vertriebenen Katholiken. Bezugnehmend auf die nationalistische Neigung des polnischen Episkopats ist Ploch der Meinung, Primas Wyszyńskis nationale Rhetorik sei hauptsächlich an jene Polen gerichtet gewesen, die die ehemals deutschen Gebiete bewohnten. Damit habe Wyszyński die polnischen Ansiedler vergewissern wollen, dass sie ihre neue Heimat nicht als vorübergehend betrachteten und sie keine Aussiedler mehr seien. Die Aussagen des Primas verschafften ihm unter den deutschen Vertriebenen das Image eines erbitterten Nationalisten. Jedoch kannten sie weder die Motive für seine Handlungen noch wussten sie, dass die polnische Kirche zur kommunistischen Macht, die die Vertreibung zu verantworten hatte, in Opposition stand.

Im darauffolgenden Unterkapitel versucht der Autor, die Rolle der polnischen Aussiedler in der BRD für die deutsch-polnischen Beziehungen zu beschreiben. Ploch weist auf die Tatsache hin, dass die Mehrheit der polnischen Aussiedler Polen aus materiellen Gründen verließ. Im Gegensatz zu den Vertriebenen stieß der Integrierungsprozess dieser Personengruppe innerhalb der katholischen Kirche auf zahlreiche Hindernisse, wie z. B. die fehlende Initiative seitens der deutschen Geistlichen. Im letzten Unterkapitel präsentiert Ploch biographische Skizzen der Hauptakteure, die Schlüsselrollen hatten: Clemens Riedel, Primas Stefan Wyszyński, Primas Józef Glemp, Erzbischof Bolesław Kominek und Bischof Stanisław Adamski. Die Studie schließt mit einer Zusammenfassung und einem Anhang, der einen Abdruck des ausgewählten Quellenmaterials enthält.

Gregor Plochs Buch umfasst somit die Analyse vielerlei Probleme, die das geschichtliche Nachkriegsbild der Beziehungen zwischen den vertriebenen Katholiken und dem polnischen Episkopat prägten und ermöglicht es dem Leser, sich detailliert mit den Determinanten vertraut zu machen, die den Prozess einer Dialogbildung zwischen Deutschen und Polen innerhalb der katholischen Kirche ausmachten. Die Verwendung von bisher unausgewerteten Archivalien sowie Clemens Riedels Lebenswerk wirft ein neues Licht auf das Problem der deutsch-polnischen Beziehungen im Verhältnis zur Geschichte der katholischen Kirche in Polen und in der BRD.

Das einzig Fragwürdige ist der gewählte Buchtitel, der andeutet und den Leser denken lässt, es handle sich um eine Biographie Clemens Riedels. Plochs Buch ist aber keine klassische politische Biographie, und Riedels Lebenslauf diente dem Autor vor allem der Festlegung eines Hauptpfades für die Analyse und Darlegung der komplexen Fragen nach der Geschichte der gemeinsamen Beziehungen zwischen den vertriebenen Katholiken und der polnischen Kirche.

Mateusz Matuszyk

Tomasz G. Pszczółkowski: Deutsche und polnische Kultur im kulturwissenschaftlichen Vergleich. Eine komparatistische Untersuchung, Warszawa: Instytut Germanistyki Uniwersytetu Warszawskiego 2013, 252 S.

Die Kulturunterschiede zwischen Polen und Deutschen sind immer wieder Gegenstand fach- und populärwissenschaftlicher Untersuchungen. Deren Analyse und Vergleich macht sich der Autor des Bandes zum Thema. Mit der monographischen Darstellung will Tomasz G. Pszczółkowski eine noch ausstehende Forschungslücke der deutsch-polnischen geistes- und sozialwissenschaftlichen Komparatistik schließen. Für den Germanisten und Politikwissenschaftler der Universität Warschau hat die Erschließung der Wege zum gegenseitigen binationalen Verständnis nicht nur theoretische, sondern auch praktische Bedeutung, da er darin die Chance der Annäherung und des beiderseitigen Abbaus von Vorurteilen und Stereotypen sieht.

Tomasz G. Pszczółkowski ist nicht nur Leiter der Abteilung für Länderstudien des deutschen Sprachraums an der Warschauer Universität, sondern ist mit der deutschen und polnischen Kultur aufgewachsen, so dass er sich gleichzeitig beiden Kulturen verbunden fühlt. Es gelingt ihm, die deutsch-polnische Thematik objektiv und neutral zu betrachten und gleichzeitig das Verständnis für beide Kulturkreise zu bewahren. Die hier vorliegende Untersuchung befasst sich mit Kulturunterschieden zwischen Polen und Deutschen aus einer

polyzentrischen Perspektive, die beide Kulturen berücksichtigt. Gleichzeitig liefert Pszczółkowski mit dem Band einen Versuch der Bestandsaufnahme der bestehenden komparativen Forschungen und möchte damit gleichzeitig auf künftige Forschungsthemen der Kulturkomparatistik verweisen. Dieser vom Autor vorgeschlagene Forschungsansatz soll nicht nur Wesen, Charakteristika, Bedingtheiten und Funktionsweise fremder Kultur beschreiben, sondern soll zugleich die eigene mit der anderen Kultur vergleichen und damit helfen, diese jeweils zu erschließen (S. 11).

Nach einem einführenden Kapitel zur Terminologie der vergleichenden Kulturstudien widmet sich der Verfasser der Kulturwissenschaft in Deutschland und Polen im Vergleich und erörtert die Grundprinzipien des Kulturvergleichs, für die er eine eigens zu diesem Zweck erstellte Systematik der vergleichenden Kulturfelder anführt. In der Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Sprachversionen der Internetquelle Wikipedia untersucht Pszczółkowski nicht nur inhaltliche Unterschiede, sondern hinterfragt auch die Ursachen dieser Unterschiede und geht auf hypothetische Folgen dieser Differenzen ein.

Exemplarisch betrachtet der Verfasser anhand von Übersetzungsproblemen im direkten Sprachvergleich ein kulturdivergentes Problem; diese rühren zum Teil her von einem unterschiedlichen Gebrauch von gleichbedeutenden Begriffen in beiden Sprachen (Beispiel: „politische Krankheit“ / „poprawność polityczna“), zum anderen von Übersetzungsschwierigkeiten durch unterschiedliche Konnotationen (Beispiel: „Pazifizierung“ / „pacyfikacja“) oder der Unübersetzbarkeit aus Mangel an Äquivalenz (Beispiel: „Vater Staat“, „Staatsfrömmigkeit“). Dabei zeigt der Verfasser auf, dass in der deutschen Sprache zahlreiche Termini existieren, für die im Polnischen kein äquivalenter Gegenbegriff existiert – umgekehrt sei das deutlich seltener zu beobachten.

Im zweiten Kapitel stellt Pszczółkowski in einer vergleichenden Zusammenschau die Kultur der Deutschen und Polen dar. Dabei reflektiert er vor allem das unterschiedliche Verhältnis beider Nationen zur Geschichte und weitere differierende Auffassungen zu anderen Feldern des Kulturvergleichs wie Politik, Philosophie und Religion sowie deren Bedeutung im Leben der Vertreter der jeweiligen Nationen. Neben einem größeren Absatz zum bislang noch wenig erforschten Kulturvergleich der sozioökonomischen, politischen und kulturellen Lage der ehemaligen Volksrepublik Polen und der DDR betrachtet der Autor die zeitgenössische Einstellung der beiden Bevölkerungen zum real existierenden Sozialismus und zu ihrer sozialistischen Vergangenheit. Diese Analyse lässt er bewusst offen und gibt damit dem Leser keine endgültigen Antworten. Vielmehr untersucht Pszczółkowski die Kulturunterschiede im steten Nebeneinander der Kulturen beider Nationen, die seit Jahrhunderten

als Nachbarn nebeneinander leben. Abschließend enthält der Band eine Zusammenfassung in polnischer Sprache. Die alphabetische Liste der Kulturvergleichsfelder bildet gleichsam eine thematische Klammer.

Pszczółkowski gelingt es in seiner Publikation aufzuzeigen, wie sehr sich die vergleichende polnisch-deutsche Kulturforschung noch in ihren Anfängen befindet. Gleichzeitig gibt er der Leserschaft wertvolle und nachhaltige Hinweise zu einer weiteren Auseinandersetzung mit der Thematik innerhalb verschiedener Fachdiskurse. Dem Autor ist es geglückt, dem interessierten Leser nicht nur Fachwissen zur Wesenhaftigkeit des Verschiedenseins zwischen beiden Nachbarn zu vermitteln, sondern auch die verbindenden Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten zwischen Deutschen und Polen herauszuarbeiten. So lässt sich abschließend festhalten, dass mit diesem Band eine komplexe Analyse vorliegt, der auf beiden Seiten der Oder ein breiter, interdisziplinärer Leserkreis zu wünschen ist.

Felicitas Söhner

Michael Schwartz: Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundesverbandes der Vertriebenen und das „Dritte Reich“. München: Oldenbourg Verlag 2013, 594 S.

In seiner knapp 600 S. starken Studie widmet sich Michael Schwartz, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Berliner Abteilung des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ), in Zusammenarbeit mit Michael Buddrus, Martin Holler und Alexander Post den Biographien der dreizehn Mitglieder des Gründungspräsidiums des Bundesverbandes der Vertriebenen (BdV). Diese Studie wurde nach einem 2006 im „Spiegel“ erschienenen Artikel über die angeblich „braune Vergangenheit“ der Präsidialmitglieder, der heftige Diskussionen in Deutschland auslöste, von der Präsidentin des BdV, Erika Steinbach, beim IfZ in Auftrag gegeben. Von der ursprünglichen Überlegung, alle etwa 100 Präsidialmitglieder in die Studie einzubeziehen, sah man bald ab, da der damit verbundene Forschungsaufwand zu groß gewesen wäre. Daher beschränkt sich diese Studie auf die dreizehn Mitglieder des Gründungspräsidiums des BdV von 1958.

Michael Schwartz konnte sich bei seinem Projekt auf Vorarbeiten von Matthias Lampert stützen, der 2008 eine Pilotstudie verfasst hatte, die dann durch umfangreiche Quellenrecherchen der oben erwähnten wissenschaftlichen Mitarbeiter maßgeblich erweitert werden konnte. Dabei wurden u.a. neben den einschlägigen Beständen des Bundesarchivs (Berlin, Koblenz, Ludwigsburg), der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) und verschiedenen Haupt-

staatsarchiven sowie Landesarchiven in Deutschland auch Bestände der ukrainischen Staatlichen Archive des Gebietes Dnepropetrovsk sowie Zaporoz'je für das vorliegende Buch herangezogen. Das umfangreiche Quellen- und Literaturverzeichnis führt deutlich vor Augen, welcher großer Aufwand notwendig war, um die Biographien von nur dreizehn Personen, insbesondere in der Zeit zwischen 1939 und 1945, zu rekonstruieren. Udo Wengst und Andreas Wirsching betonen in ihrem Vorwort, dass es sich bei diesem Buch um ein Gutachten handelt, „das auch als Modell für künftige Untersuchungen größerer und anderer Personengruppen dienen“ (S. X) und gleichzeitig „der Forschung neue Wege weisen“ könne. Diese umfassende Studie reiht sich daher in eine größere Anzahl von Gutachten über die „Geschichte der nationalsozialistischen Zeit“ ein, die seit der Gründung des IfZ im Jahre 1949 in München für Behörden und Gerichte erstellt und zum Teil auch veröffentlicht wurden.

In dem Buch werden die dreizehn Präsidiumsmitglieder nicht in einzelnen Biographien, sondern in Gruppenbiographien vorgestellt, da es dem Autor und seinen Mitautoren darum geht, die individuellen Biographien vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen vorzustellen, um eine Beurteilung des individuellen Handelns zu ermöglichen. Entsprechend ist das zweite Kapitel den Lebensläufen der dreizehn Personen bis 1933, ihrer unterschiedlichen regionalen und sozialen Herkunft sowie ihrer politischen Profilierung gewidmet. Daran schließt das dritte Kapitel an, in dem das politische Verhalten der Präsidiumsmitglieder zwischen 1933 und 1939 untersucht wird. Das vierte Kapitel widmet sich dann dem politischen und militärischen Verhalten der Protagonisten von 1939 bis 1945. Dieses Kapitel ist in drei Unterkapitel gegliedert, in dem die Personen nach älterer, mittlerer und jüngerer Generation eingeteilt wurden.

Für die deutsch-polnische Beziehungsgeschichte von besonderem Interesse sind insbesondere die aus Ostpreußen stammenden Mitglieder des BdV-Präsidiums Alfred Gille, Helmut Gossing, Reinhold Rehs (alle NSDAP-Mitglieder), Linus Kather (als überzeugter Katholik dem NS-Regime gegenüber kritisch eingestellt), der aus Pommern stammende Hans Krüger (NSDAP-Mitglied und Richter in Konitz / Chojnice), der aus Danzig stammende Heinz Langguth (NSDAP-Mitglied, NS-Agrarfunktionär, zeitweise in Gestapohaft), der aus Schlesien stammende Erich Schellhaus (NSDAP-Mitglied) sowie der aus dem Allgäu stammende, jedoch seit seiner Schulzeit in Kattowitz lebende Otto Ulitz (Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, DDP, Ministerialrat in der Schulverwaltung der Region Oberschlesien). Die anderen fünf Mitglieder stammten aus Gebieten des ehemaligen Österreich-Ungarn, darunter ein jüngerer Mitglied aus der Tschechoslowakei.

Besondere Aufmerksamkeit wird im vierten Kapitel Hans Krüger gewidmet, der als NSDAP-Aktivist und Richter in Konitz tätig war, dem aber trotz mehrerer Prozesse nach dem Krieg keine direkte Beteiligung an Verbrechen gegen die polnische Intelligenz oder an Todesurteilen als Sonderrichter nachgewiesen werden konnte (S. 420-446). Allerdings musste der CDU-Abgeordnete (Mitglied des Deutschen Bundestages 1957–1965), der von Ende 1963 bis Anfang 1964 nur wenige Monate lang Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte gewesen war, schließlich auf Grund einer von der DDR forcierten Pressekampagne als Bundesminister zurücktreten.

Das Buch schließt mit einer Zusammenfassung der Ergebnisse sowie mit einem umfangreichen Quellen- und Literaturverzeichnis ab. Dem Autor zufolge können von den dreizehn Mitgliedern des BdV-Präsidiums des Jahres 1958 lediglich zwei Personen als „vollkommen unbelastet“ angesehen werden, darunter der oben erwähnte Linus Kather. Den anderen elf Personen konnte in der Studie eine unterschiedliche NS-Belastung nachgewiesen werden. Die im Anhang befindlichen Kurzbiographien der dreizehn Präsidiumsmitglieder ermöglichen dem Leser einen schnellen Überblick über ihre Lebensläufe und beruflichen Karrieren, die man in den verschiedenen Kapiteln durch die zeitliche Unterteilung der Lebensläufe bisweilen aus den Augen verliert.

Mit der auf umfangreichen Archivrecherchen basierenden Studie erhält der Leser einen detaillierten Einblick in die Karrierewege der ersten Präsidiumsmitglieder des Bundes der Vertriebenen. Es wäre wünschenswert, wenn diese Studie dazu anregen würde, weitere biographische Studien von BdV-Mitgliedern der ersten Stunde durchzuführen, um umfangreichere Vergleichswerte von Karrierewegen von Staatsbediensteten oder Beamten im NS-Deutschland und im Nachkriegsdeutschland zu erhalten.

Isabel Röskau-Rydel

Filip Springer: Żle urodzone. Reportaże o architekturze PRL-u [Schlecht geboren. Reportagen über die Architektur der Volksrepublik Polen], Kraków: Karakter Verlag 2011, 277 S., zahlr. Abb.

Im Getöse der erinnerungspolitischen Schlachten um die Deutung unterschiedlicher dunkler Kapitel bzw. weißer Flecken der polnischen Geschichte ging ein Thema bisher nahezu ganz unter: der Umgang mit dem architektonischen Erbe der kommunistischen Zeit. Zugegeben – im Vergleich zu den hochemotional geführten Debatten über den polnischen Antisemitismus, etwa in den Jahren unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges, über die Rolle der kommunistischen Staatssicherheit der Volksrepublik Polen (PRL), oder über

Ursache und Auswirkungen der Flugzeugkatastrophe von Smolensk, wirkt die Diskussion über die Plattenbauten wenig reißerisch. Paradoxe Weise beteiligen sich an der Debatte nur Eingeweihte, vornehmlich Kunst- und Architekturhistoriker, während ihre Relevanz im Grunde eine übergroße Mehrheit der Polen betrifft. Wohnen in den besagten Plattenbauten der 1960er bis 1980er Jahre doch Millionen Menschen, von denen den meisten die Namen der Schöpfer der Gebäude und ihre architekturhistorische Einordnung herzlich egal sind.

Es ist also alles andere als konformistisch, dass sich der junge Journalist Filip Springer mit den bedeutendsten baulichen Hinterlassenschaften Volkspolens befasst. Diesen Eigensinn hat er auch in seinem schriftstellerischen Debüt bewiesen – seine (belletristische) Reportage über das „Verschwinden“ des niederschlesischen Städtchens Kupferberg / Miedzianka schlug 2011 wie eine Bombe ein und beschied dem damals knapp 30-Jährigen eine Nominierung für den hoch dotierten Literaturpreis „NIKE“. Dabei entsprach die von Springer erzählte Geschichte weder dem Bedürfnis der Leser nach „magischem Realismus“ der polnischen Provinz, im Stile des frühen Andrzej Stasiuk, noch dem *mainstream* der (Populär-)Historiografie.

Und nun die Nachkriegsmoderne ... Würde der ehemalige polnische Außenminister Radosław Sikorski nicht gelegentlich den Abriss des verhassten Kulturpalastes in Warschau fordern, und würden Medien nicht hin und wieder über die zaghaften Proteste gegen die – meist illegale – Zerstörung bedeutender Bauwerke dieser Zeit berichten, käme es kaum einem Polen in den Sinn, etwas über Oskar Hansen, Witold Lipiński oder Henryk Buszko erfahren zu wollen. Aber Springer möchte es wissen; er ist ohne persönliche Vorbelastungen an die Architektur der Volksrepublik gegangen, wie er im Vorwort schreibt. Es ist sein „bescheidener Versuch, [diese] Architektur zu verstehen, im Kontext ihrer Entstehung und ihres Niedergangs“. Wichtiger Bestandteil des Erkenntnisprozesses war die fotografische Dokumentation des gegenwärtigen Zustands, oft in Gegenüberstellung mit historischen Aufnahmen. Springer ist nebenbei Fotograf und vereint in seinem Buch beide Perspektiven – des Fotografen und des Reporters – auf inspirierende Art und Weise.

Man muss also selbst kein Fan der Nachkriegsarchitektur sein, um den Band wertschätzen zu können. Mehr noch – vielleicht sollte man nicht allzu viel Vorwissen mitbringen, denn in seiner journalistischen Handhabung der Themen bewegt sich Springer oft an der Oberfläche, wie der Rezensent etwa am Beitrag zum Observatorium auf der Schneekoppe feststellen musste.¹ Um die beschriebenen Phänomene dem interessierten Leser nahe zu bringen, wählt

¹ Vgl. MATEUSZ J. HARTWICH, Szczyt symboliki. Zabudowa Śnieżki w kontekście kulturowego oswajania krajobrazu po 1945 r., in: *Opera Corcontica* 46 (2009), S. 7-17.

der Autor eine biografische Herangehensweise, die sich ein ums andere Mal als zweischneidig erweist.

So erscheint es fast, als ob mit dem Hinweis auf die Partisanenzeit Lipińskis ein vermeintliches Involviertsein im kommunistischen System relativiert werden soll. In anderen Fällen werden zeitgenössische Projekte als „Scherz“ oder Provokation gegenüber den Machthabern dargestellt. Es scheint somit, dass der Verweis auf den Entstehungskontext oder die architekturhistorische Bedeutung der Bauten zur Einordnung nicht ausreicht, und ein Rückgriff auf konventionelle Interpretationsmuster („listige Polen“ vs. „dumpfe Kommunisten“) stattfinden muss. Man darf vermuten, dass dieser Zugang die Essays etwas „bunter“ und sie dadurch dem interessierten Publikum verständlicher gemacht werden sollten. Ob er dem Ziel, die sozialistische Moderne in ihrem ideen- und sozialhistorischen Kontext zu verstehen, gerecht wird, soll dahingestellt sein.

Springer mag kein Fan der beschriebenen Bauten sein, beeindruckt ist er allemal von der Vorstellungskraft der Schöpfer und den Visionen zur Gestaltung der Gesellschaft, die die Nachkriegsarchitektur so besonders machen. In diesem Sinne versucht der Autor, sich und den Lesern die Scheu oder gar Abscheu vor den Plattenbauten zu nehmen. Seine Versuche, die persönliche und ideelle Motivation der Planer zu verstehen, oder die immensen Schwierigkeiten bei der Umsetzung und die teils skandalöse Umnutzung, besonders nach 1989, darzulegen, lassen sich mit einem „so war das nicht gemeint“ zusammenfassen. Somit erfüllt die Publikation gewissermaßen einen pädagogischen Zweck, fraglich bleibt jedoch, ob sie so die Polen mit ihrer gebauten Vergangenheit versöhnen kann.

Alles in allem kann das gut geschriebene und eindrucksvoll bebilderte Buch durchaus dem interessierten Leser mit gewissen Vorkenntnissen empfohlen werden. Es hilft, die in der breiten Leserschaft nahezu unbekannt Phänomene zu kontextualisieren, auch wenn es nicht zur Standardpublikation über die Nachkriegsmoderne in der Volksrepublik wird. Dem Thema sind weitere Publikationen mit stärker fachlichem Anspruch zu wünschen – eine intensive Auseinandersetzung in Musik, Film und bildenden Künsten findet seit einigen Jahren bereits statt. Die Tatsache, dass die Bewohner der „Tausendjahr-Siedlung“ (*osiedle Tysiąclecia*)“ in Kattowitz / Katowice unlängst die Plattenbausiedlung zum schönsten Stadtviertel gewählt haben, belegt, dass die oben erwähnte Diskussion eine gesellschaftliche Relevanz besitzt, die neben journalistischen Beiträgen wie dem von Filip Springer auch neuere sozial- und kulturanthropologische Forschungen verdient.

Mateusz J. Hartwich

ALEKSANDER ŻERELIK

DIE DEUTSCH-POLNISCHEN BEZIEHUNGEN IN POLNISCHEN WISSENSCHAFTLICHEN ZEITSCHRIFTEN 2013

Der vorliegende Beitrag setzt sich zum Ziel, anhand von Artikeln aus ausgewählten polnischen wissenschaftlichen Zeitschriften, die im Jahr 2013 erschienen sind, eine problembezogene Analyse der deutsch-polnischen Beziehungen durchzuführen. Es sollen die wichtigsten Fragen vorgestellt werden, die in Bezug auf Polen und Deutschland erörtert worden sind. Es handelt sich um Themen, auf die in Abhandlungen, Artikeln, Studien und Rezensionen in den betreffenden Zeitschriften eingegangen wurde. Für die Analyse wurden sowohl Beiträge aus Zeitschriften mit unterschiedlichen Forschungsschwerpunkten herangezogen („Kwartalnik Historyczny“, „Biuletyn Instytutu Pamięci Narodowej „pamięć.pl“, „Dzieje Najnowsze“, „Karta“, „Pamięć i Sprawiedliwość“, „Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka“, „Studia Źródłoznawcze“, „Przegląd Zachodniopomorski“, „Czasy Nowożytne“, „Zeszyty Historyczne WiN-u“, „Wiadomości Historyczne“, „Przegląd Historyczno-Wojskowy“) als auch aus klassischen Fachzeitschriften („Przegląd Zachodni“), die sich mit den Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern eingehender befassen.¹

Es ist nicht einfach zu bestimmen, welcher Aspekt der deutsch-polnischen Beziehungen in den polnischen wissenschaftlichen Zeitschriften 2013 dominierte. Ähnlich wie in den vergangenen Jahren tauchten sehr häufig historische Themen auf (hauptsächlich der Erste und der Zweite Weltkrieg), ebenso aber auch Fragen aus den Bereichen Politik, Gesellschaft und Politikwissenschaft.

VOR 1939

Unter den Beiträgen zur älteren Geschichte findet man einige über die Tei- lungen Polens. Małgorzata Konopnicka befasste sich mit der Struktur des

¹ Für diesen Beitrag berücksichtigt wurden folgende Ausgaben: *Przegląd Zachodni*, Nr. 4 (2012) 1-3 (Poznań 2013); *Kwartalnik Historyczny*, Nr. 4 (2012) und 1-3 (Warszawa 2013); *Biuletyn Instytutu Pamięci Narodowej*, Nr. 1-10 (Warszawa 2013); *Dzieje Najnowsze*, Nr. 1-2 (Warszawa 2013); *Karta* 73-75 (Warszawa 2013); *Pamięć i Sprawiedliwość*, Nr. 1 (Warszawa 2013); *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka*, Nr. 3-4 (2012) , 1-2 (Wrocław 2013); *Studia Źródłoznawcze* LI, Nr. 1 (Warszawa 2013); *Przegląd Zachodniopomorski*, Nr. 1 (Szczecin 2013); *Czasy Nowożytne* 26 (Warszawa 2013); *Wiadomości Historyczne* 1-6 (Warszawa, 2013); *Zeszyty Historyczne WiN-u* 36-37 (Warszawa 2012); *Przegląd Historyczno-Wojskowy* 1-3 (Warszawa 2013).

schlesischen Adels anhand der preußischen Vasallentabellen aus der zweiten Hälfte des 18. und vom Anfang des 19. Jahrhunderts.² Dariusz Łukasiewicz konzentrierte sich dagegen auf soziale Fragen. In „Przegląd Historyczny“ veröffentlichte er einen Beitrag über die Familien in Preußen im 19. Jahrhundert.³ Auch Jan Wnęk schilderte den gesellschaftlichen Alltag. In seinem Artikel setzte er sich mit der Rezeption der deutschen pädagogischen Ideen in Polen zu Beginn des 19. Jahrhunderts auseinander.⁴

Miron Urbaniak widmete seinen Beitrag Max Hempel, einem bekannten Ingenieur, der im 19. Jahrhundert in Großpolen wirkte.⁵ Szczepan Wierzchosławski erforschte wiederum die Beziehungen zwischen Polen und Deutschen in Pommerellen vor dem Ersten Weltkrieg.⁶

Stephan Lehnstaedt schilderte die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Wirtschaftspolitiken Deutschlands und Österreich-Ungarns in Kongresspolen zwischen 1915 und 1918. Der Verfasser untersuchte, inwieweit der Aufbau eines effektiven Wirtschaftssystems die Teilungsmächte überfordert hatte.⁷ Die Zeit des Ersten Weltkrieges wurde auch in der Besprechung des Buches Paweł Brudeks thematisiert: „Rosja w propagandzie niemieckiej podczas I wojny światowej w świetle ‚Deutsche Warschauer Zeitung‘“ (Das Russlandbild in der deutschen Propaganda während des Ersten Weltkrieges am Beispiel der ‚Deutschen Warschauer Zeitung‘).⁸

² MAŁGORZATA KONOPNICKA, Struktura szlachty śląskiej w świetle pruskich tablic wasalnych z drugiej połowy XVIII i początku XIX w., in: Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka, 2012, Nr. 3, S. 21-43.

³ DARIUSZ ŁUKASIEWICZ, Rodzina w Prusach w latach 1806–1871, in: Przegląd Historyczny, 2012, Nr. 4, S. 761-775.

⁴ JAN WNEK, Polska recepcja niemieckiej myśli pedagogicznej w pierwszej połowie XIX wieku, in: Przegląd Zachodni, 2013, Nr. 2, S. 191-204.

⁵ MIRON URBANIAK, Działalność inżyniera Maxa Hempla w dziedzinie infrastruktury technicznej miast Wielkopolski okresu zaboru pruskiego, in: Przegląd Historyczny, 2013, Nr. 2, S. 235-256.

⁶ SZCZEPAN WIERZCHOSŁAWSKI, Wrogość czy koegzystencja? Codzienne relacje Polaków i Niemców na Pomorzu Nadwiślańskim przed pierwszą wojną światową (zarys problematyki), in: Czasy nowożytne, 26 (2013), S. 117-126.

⁷ STEPHAN LEHNSTAEDT, Dwie (różne) okupacje? Polityka gospodarcza Niemiec i Austro-Węgier w Królestwie Polskim w latach 1915–1918, in: Dzieje Najnowsze, 2013, Nr. 1, S. 17-34.

⁸ ARKADIUSZ STEMPIN, Rezension des Buches: Paweł Brudek, Rosja w propagandzie niemieckiej podczas I wojny światowej w świetle ‚Deutsche Warschauer Zeitung‘, in: Dzieje Najnowsze, 2013, Nr. 1, S. 236-239.

Der Problematik der Identität der deutschen Bevölkerung in der Zweiten Polnischen Republik nahm sich Beata Lakeberg an. Sie kam zu dem Schluss, dass die repressive Politik der polnischen Regierung gegenüber der deutschen Bevölkerung sowie die Marginalisierung der Unterstützung für diejenigen Gruppierungen, die sich für Polen als einen Vielvölkerstaat einsetzten, das Gefühl der Zugehörigkeit der Deutschen im damaligen polnischen Staat negativ beeinflussten.⁹ Andrzej Kamiński porträtierte wiederum jenen preußischen Herrscher, der Preußen gegen Ende des 18. Jahrhunderts zu einer Großmacht gemacht hatte und deshalb in der polnischen Geschichtsschreibung vornehmlich negativ beurteilt wurde. Kamiński erklärt in seinem Beitrag, warum Friedrich II. unter seinen Nachbarn keine besondere Wertschätzung genoss.¹⁰

Gabriela Waś schilderte in „Sobótka“ die theologischen Auseinandersetzungen zwischen den preußischen Lutheranern und den Anhängern des Reformators Kaspar Schwenckfeld. Zum Schluss beantwortete sie die Frage, welche Form des Kompromisses bei diesem Diskurs herausgearbeitet wurde.¹¹ Die Geschichte seines Ordens stellte wiederum Tomasz Gałuszka OP vor, der sich mit den Akten zu Provinzkapiteln der polnischen Dominikaner auseinandersetzte, die sich im Archiv der Bayerischen Staatsbibliothek in München befinden.¹² In der Zeitschrift „Czasy Nowożytne“ veröffentlichte Adam Kucharski seine Besprechung des Buches Bernhard Strucks „Nicht West – nicht Ost. Frankreich und Polen in der Wahrnehmung deutscher Reisender zwischen 1750 und 1850“. Der Verfasser der Rezension kommt zu dem Ergebnis, dass die Arbeit Strucks eine bemerkenswerte Fortsetzung der Forschungstradition zum Thema Reisen darstellt, die in der deutschen Geschichtsschreibung große Aufmerksamkeit genießt.¹³ Auch in „Przegląd Zachodni“ von 2013

⁹ BEATA LAKEBERG, Niemiec, Polak niemieckiego pochodzenia, czy Niemiec zagraniczny? – problematyka tożsamości ludności niemieckiej w II RP, in: *Przegląd Zachodni*, 2013, Nr. 3, S. 243-256.

¹⁰ ANDRZEJ KAMIŃSKI, Fryderyk II w polskiej historiografii, in: *Czasy Nowożytne*, 26 (2013), S. 99-116.

¹¹ GABRIELA WAŚ, Reformacyjny dyskurs schwenckfeldian i pruskich luteranów 1524/1525–1544 (Tl. 2), in: *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka*, 2012, Nr. 3, S. 3-20.

¹² TOMASZ GAŁUSZKA OP, Fragmenty czternastowiecznych akt kapituł prowincjalnych dominikanów polskich w zbiorach Bayerische Staatsbibliothek w Monachium. Kapituła prowincjalna w Opatowcu w 1384 r., in: *Studia Źródłoznawcze*, LI (2013), S. 107-122.

¹³ ADAM KUCHARSKI, Rezension des Buches: Bernhard Struck, Nicht West – nicht Ost. Frankreich und Polen in der Wahrnehmung deutscher Reisender zwischen 1750 und 1850, in: *Czasy Nowożytne*, 26 (2013), S. 248-252.

gab es einen Beitrag von Anna Kochanowska-Nieborak über diese Publikation, in dem ihre Vorzüge und Mängel stichpunktartig dargestellt wurden.¹⁴

Wiesław Małecki stellte die Ansichten des deutschen Philosophen Wilhelm von Humboldt über das Judentum vor.¹⁵ Dariusz Łukaszewicz befasste sich mit dem deutschen Diskurs im Zeitalter der Aufklärung über das Phänomen der Kindstötung in Deutschland.¹⁶

Die Tätigkeit des Glatzer Gebirgs-Vereins wurde von Marcin Dziedzic geschildert. Dziedzic konzentrierte sich insbesondere auf dessen Spaltung Ende des 19. Jahrhunderts, als aus diesem Verein die Gebirgsvereine in Schlegel / Słupiec, Wartha / Bardo und Reichenstein / Złoty Stok hervorgingen.¹⁷

ZWEITER WELTKRIEG

In den genannten Zeitschriften wurde im Jahr 2013 der Zweite Weltkrieg besonders häufig thematisiert. Die meisten Beiträge zu diesem Thema waren in „Biuletyn Instytutu Pamięci Narodowej „pamięć.pl“ zu lesen. In der ersten Ausgabe dieser Monatszeitschrift sind unter anderem Fotos aus Warschau vom September 1939 von Antoni Snawadzki zu finden. Erläutert wurden sie in einem Artikel von Konrad Wiesław Ślusarski.¹⁸ In der folgenden Ausgabe der Zeitschrift kommentierte derselbe Verfasser Fotos von der Belagerung Warschaws. Diesmal stellte er Fotografien von Julien Bryan vor, die vom polnischen Institut für Nationales Gedenken (IPN) bereits 2010 in einer Sonderpublikation präsentiert worden waren.¹⁹

Mit der Kultur befasste sich auch Tomasz Sudoł, Mitarbeiter der Forschungsabteilung des Büros für Öffentliche Bildung des IPN. Sudoł schrieb über den 2013 unter der Regie von Paweł Chochlew entstandenen Film „Ta-

¹⁴ ANNA KOCHANOWSKA-NIEBORAK, *Obraz Francji i Polski w niemieckojęzycznych relacjach z podróży*, in: *Przegląd Zachodni*, 2013, Nr. 2, S. 269-282.

¹⁵ WIESŁAW MAŁECKI, *Wilhelm von Humboldt. Między antysemityzmem a judeofobią*, in: *Przegląd Zachodni*, 2013, Nr. 2, S. 155-176.

¹⁶ DARIUSZ ŁUKASIEWICZ, *Niemiecki dyskurs oświeceniowy o dzieciobójstwie*, in: *Przegląd Historyczny*, 2012, Nr. 4, S. 749-760.

¹⁷ MARCIN DZIEDZIC, *Rozłamy w kłodzkim towarzystwie górskim. Dzieje niemieckich towarzystw górskich w Słupcu, Bardzie i Złotym Stoku*, in: *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka*, 2012, Nr. 3, S. 44-55.

¹⁸ KONRAD WIESŁAW ŚLUSARSKI, *Miasto pokonane, lecz nieujarzmione*, in: *Biuletyn IPN „pamięć.pl“*, 1/2013, S. 12-15.

¹⁹ KONRAD WIESŁAW ŚLUSARSKI, *Miasto ruin wraca do życia*, in: *Biuletyn IPN „pamięć.pl“*, 2/2013, S. 11-13.

jennica Westerplatte“ (Das Geheimnis der Westerplatte). Er schilderte die Suche nach Materialien vor der Entstehung des Drehbuchs und ging näher auf die Handlung und die Umsetzung der Kampfszenen ein.²⁰ Die April-Ausgabe von „pamięć.pl“ bot wiederum einige interessante Artikel über den Aufstand im Warschauer Ghetto im Jahr 1943. Am 19. April 2013 jährte sich sein Ausbruch zum 70. Mal.

Marcin Urynowicz schrieb über die Aufständischen, die sich mit ihrem Schicksal nicht abfinden wollten. Er stellte die Ereignisse dar, die dem Ausbruch des Aufstands vorangingen, sowie die Situation während der Kämpfe. Die Publikation wurde mit mehreren Fotografien aus dem Warschauer Ghetto illustriert.²¹ In derselben Ausgabe widmete man sich auch der Dokumentensammlung über die Rationierung von Nahrungsmitteln und Verbrauchsgütern. So stammt ein Beitrag von Jan Oleński über die Lebensmittelcoupons aus dem Ghetto.²² Die Problematik des Aufstands griff auch Hanna Antos auf, die die Einschätzungen Marek Edelmans, eines der Anführer beim Aufstand im Warschauer Ghetto, gesammelt und herausgegeben hatte. Die gesammelten Texte erhielten den Titel „Das Testament Edelmans“, da sie an den Aufstand im Ghetto erinnern sollen.²³

Auch Przemysław Wywiół widmete sich den Ereignissen des Jahres 1943, allerdings jenen in Krakau. Er schilderte das Attentat auf den SS-Obergruppenführer sowie General der Waffen-SS und der Polizei im Generalgouvernement, Friedrich-Wilhelm Krüger.²⁴ Etwas allgemeiner wurde das Thema von Piotr Majewski behandelt, der sein Augenmerk auf die Gesamtheit des zivilen Widerstands im Generalgouvernement im Zweiten Weltkrieg richtete.²⁵

In den analysierten Zeitschriften wurde auch häufig das Thema der Konzentrationslager behandelt. Beachtenswert ist das Interview Maciej Foks' mit dem ehemaligen KZ-Häftling Jerzy Skrzypek, der von seinen Erfahrungen in

²⁰ TOMASZ SUDOŁ, Tajemnica Westerplatte, in: Biuletyn IPN „pamięć.pl“, 2/2013, S. 14 f.

²¹ MARCIN URYNOWICZ, Pokazali, że potrafią walczyć, in: Biuletyn IPN „pamięć.pl“, 4/2013, S. 32-35.

²² JAN OLEŃSKI, Kartki żywnościowe z getta, in: Biuletyn IPN „pamięć.pl“, 4/2013, S. 38 f.

²³ HANNA ANTOS, Testament Marka Edelmana, in: Karta 74 (2013), S. 54-61.

²⁴ PRZEMYSŁAW WYWIÓŁ, W biały dzień, in: Biuletyn IPN „pamięć.pl“, 4/2013, S. 40-44.

²⁵ PIOTR MAJEWSKI, Z frontu walki cywilnej. Przyczynek do dziejów kierownictwa walki cywilnej i kierownictwa walki podziemnej na obszarze Generalnego Gubernatorstwa w latach 1939–1945, in: Kwartalnik historyczny, 2012, Nr. 4, S. 693-750.

den drei Lagern Auschwitz, Flossenbürg und Dachau berichtete.²⁶ Tadeusz Skwara nahm sich vor, dem Phänomen der doppelten Erinnerung an die Konzentrationslager während des Zweiten Weltkrieges und nach 1945 auf den Grund zu gehen. Der Verfasser versuchte, die unterschiedlichen Wahrnehmungen der Konzentrationslager bei KZ-Überlebenden und Menschen, die den Krieg persönlich nicht erlebt hatten, zu ergründen. Dabei bezog er sich auf die wissenschaftliche Konferenz unter dem Titel „Unbeteiligte und Betroffene. Aspekte der Wahrnehmung der Konzentrationslager während des Zweiten Weltkrieges sowie nach dessen Ende“, die im Oktober 2012 vom Wissenschaftlichen Zentrum der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Wien organisiert worden war.²⁷

Einen anderen Aspekt des Leides, das die Zivilbevölkerung während des Zweiten Weltkrieges erfuhr, stellte Tomasz Ceran vor. Er betonte, dass der Völkermord zu dieser Zeit nicht nur Konzentrationslager und deren Gaskammern bedeutete, über die aufgrund der erhalten gebliebenen Dokumente relativ viel bekannt sei, sondern dass zum Völkermord auch Hinrichtungen gezählt werden müssten, die oft ohne Zeugen durchgeführt wurden. Der Autor wies auf das Ausmaß dieses Phänomens hin und warnte davor, es zu vergessen.²⁸

Piotr Tomczyk widmete sich in seinem Beitrag der Entstehung des „Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“, das am 15. September 1935 in Nürnberg proklamiert wurde sowie mit der damit verbundenen Rechtsprechung.²⁹

Die Literatur über die Tragödie des jüdischen Volkes ist sehr umfangreich. Viel weniger kann man jedoch darüber sagen, ob die Anzeichen des bevorstehenden Dramas schon früher zu sehen waren. Olaf Bergmann untersuchte in seinem Beitrag die Rezeption der jüdischen Frage am Beispiel der in Warschau von 1935 bis 1939 erschienenen Wochenzeitschrift „Prosto z Mostu“.³⁰

²⁶ MACIEJ FOKS, Jestem dzieckiem szczęścia, rozmowa z Jerzym Skrzypkiem, więźniem Auschwitz, Flossenbürga i Dachau, in: Biuletyn IPN „pamięć.pl“, 5/2013, S. 22-25.

²⁷ TADEUSZ SKWARA, Podwójna pamięć? „Dotknięci i stojący z boku. Aspekty pojmowania obozów koncentracyjnych w czasie wojny i po jej zakończeniu“, in: Wiadomości Historyczne, 2013, Nr. 1, S. 24-28.

²⁸ TOMASZ CERAN, Im Namen des Führers, in: Biuletyn IPN „pamięć.pl“, 10/2013, S. 31-34.

²⁹ PIOTR TOMCZYK, Ustawa o ochronie krwi niemieckiej i niemieckiej czci – geneza i orzecznictwo, in: Przegląd Zachodni, 2013, Nr. 2, S. 177-190.

³⁰ OLAF BERGMANN, „Prosto z Mostu“ wobec problematyki żydowskiej w Trzeciej Rzeszy, in: Przegląd Zachodni, 2013, Nr. 2, S. 248-268.

Paweł Sasanka verfasste einen Essay über das Dresdener Militärhistorische Museum der Bundeswehr, in dessen Eingangshalle Gehwegplatten aus drei im Zweiten Weltkrieg bombardierten Städten liegen: Rotterdam, Dresden und Wieluń. Das 2011 wiedergeöffnete Museum verbindet die Bombardierung von Dresden mit dem 1. September 1939, als die deutsche Luftwaffe das polnische Wieluń bombardierte.³¹

Das Thema der Erinnerung an die Kriegsoffer griff unter anderem Henryka Bujas-Spyra auf, die die Geschichte und Gegenwart des Friedhofs für die Opfer der Repressionen durch die deutschen Besatzer auf dem Gebiet des sog. „Glinnik“ in Krakau-Przegorzały schilderte. Der Friedhof erhielt den Status einer Kriegsgräberstätte erst am 29. Oktober 2012.³² Ähnliche Themen behandelte eine Rezension in „Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka“, in der der Begleitband zur Ausstellung „Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeit und der Krieg“ besprochen wurde.³³ Mit der Problematik der Entschädigungen für die Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkrieges setzte sich Małgorzata Ruchniewicz in ihrem Artikel auseinander.³⁴ Das Thema der Kriegsgefangenen aus Polen in den westlichen Besatzungszonen kurz nach dem Zweiten Weltkrieg behandelte Czesław Brzoza. Sein Beitrag wurde mit zahlreichen Tabellen illustriert, die die Problematik besser veranschaulichen sollen. Die Leser können dem Beitrag unter anderem entnehmen, wie viele Offiziere aus Polen sich in den einzelnen Besatzungszonen befanden und wie viele Häftlinge das Offizierslager Murnau umfasste. Darüber hinaus befindet sich in dem Beitrag eine Zusammenstellung der polnischen Kriegsgefangenen nach Dienstgrad und ihrer Zugehörigkeit zu den Truppengattungen.³⁵ Die Ausstellung der Deutschen Forschungsgemeinschaft „Wissenschaft – Planung –

³¹ PAWEŁ SASANKA, Wszystkie oblicza wojny, in: Biuletyn IPN „pamięć.pl“, 10/2013, S. 52-57.

³² HENRYKA BUJAS-SPYRA, Cmentarz ofiar represji okupanta niemieckiego w Glinniku-Przegorzałach przy ul. Bruzdowej w Krakowie, in: Zeszyty Historyczne WiN-u 37 (2013), S. 261-292.

³³ ALEKSANDER ŻERELIK, Rezension des Buches: Zwangsarbeit. Die Deutschen, die Zwangsarbeiter und der Krieg. Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung, hrsg. v. Volkhard Knigge, Rikola-Gunnar Lüttgenau, Jens-Christian Wagner, Weimar 2010, in: Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka, 2013, Nr. 2, S. 175-177.

³⁴ MAŁGORZATA RUCHNIEWICZ, Między polityką a sprawiedliwością. Wokół badań nad kwestią odszkodowań za pracę przymusową na rzecz III Rzeszy, in: Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka, 2013, Nr. 2, S. 146-160.

³⁵ CZESŁAW BRZOZA, Jeńcy polscy w zachodnich strefach okupacyjnych w Niemczech po II wojnie światowej (1945–1947), in: Dzieje Najnowsze, 2013, Nr. 2, S. 141-175.

Vertreibung. Der Generalplan Ost der Nationalsozialisten“ stellte Hubert Owczarek vor.³⁶ In einem weiteren Artikel befasste er sich wiederum mit den deutsch-polnischen Überlegungen zum Buch über Wilm Hosenfeld „Ich versuche jeden zu retten“.³⁷

Ein weiterer interessanter Beitrag, diesmal aus psychologischer Sicht, stammt aus der Feder von Joanna Lubecka. Der Titel der Publikation entstammt einem Zitat von Gottfried Wilhelm Leibniz: „Unde malum?“. Die Verfasserin beruft sich in ihrem Beitrag auf zahlreiche psychologische Studien über deutsche Kriegsverbrecher wie etwa von Gustave Mark Gilbert, Hannah Arendt oder Philip Zimbardo.³⁸ Um Kriegsverbrecher und ihre Gerichtsprozesse in Nürnberg ging es auch in einer Buchbesprechung von Wojciech Materski.³⁹

Publiziert wurden auch einige Beiträge über die unter der Bezeichnung „Aktion Zamość“ zwischen 1942 und 1943 stattfindende Vertreibung der polnischen Bevölkerung durch die deutschen Besatzer. Dazu zählt ein Interview von Maciej Foks mit Agnieszka Jaczyńska, der Autorin des Bildbandes „Sonderlaboratorium SS. Zamojszczyzna“.⁴⁰ Mit der Problematik der Aussiedlungen aus dieser Region setzte sich auch Józef Szewczyk in einem Artikel auseinander.⁴¹

Mit dem Thema des Alltagslebens der Bevölkerung zu Beginn des Zweiten Weltkrieges beschäftigt sich Sebastian Piątkowski am Beispiel von Kleinanzeigen in der in Krakau von 1939 bis 1945 unter der deutschen Besatzung herausgegebenen polnischsprachigen offiziellen Tageszeitung „Goniec Kra-

³⁶ HUBERT OWCZAREK, Wystawa „Nauka – planowanie – wypędzenie. Generalny Plan Wschodni narodowych socjalistów“ in: Przegląd Zachodni, 2012, Nr. 4, S. 287-291.

³⁷ HUBERT OWCZAREK, Polsko-niemieckie rozmowy wokół książki o Wilmie Hosenfeldzie „Staram się ratować każdego“, in: Przegląd Zachodni, 2012, Nr. 4, S. 277-283.

³⁸ JOANNA LUBECKA, Unde malum? Badania psychologiczne zbrodniarzy niemieckich po 1945 r., in: Zeszyty Historyczne WiN-u 37 (2013), S. 5-22.

³⁹ WOJCIECH MATERSKI, Rezension des Buches: Natalia Siergiejewna Lebediewa, SSSR i Njurinbinbiergskij process. Nieizwiestnyje i małoizwiestnyje straniczy istorii, in: Dzieje Najnowsze, 2013, Nr. 1, S. 267-273.

⁴⁰ MACIEJ FOKS, Zamość: próba generalna, rozmowa z Agnieszka Jaczyńska, autorką albumu Sonderlaboratorium SS. Zamojszczyzna, in: Biuletyn IPN „pamięć.pl“, 5/2013, S. 18-22.

⁴¹ JÓZEF SZEWCZYK, Zamojszczyzna 2013 – Wypędzeni, wysiedleni, in: Wiadomości Historyczne, 2013, Nr. 2, S. 44-46.

kowski“.⁴² Sebastian Fikus schilderte die Belagerung Warschaus 1939 anhand von Texten aus dem „Völkischen Beobachter“.⁴³ Marek Hańderek stellte hingegen ein alternatives Bild vom Nachkriegs-Europa vor, das polnische Politiker während des Zweiten Weltkrieges präsentiert hatten.⁴⁴

VON 1945 BIS ZUR GEGENWART

Anlässlich des sich 2013 zum 60. Mal jährenden Tages des Ausbruchs des Aufstandes vom 17. Juni in der DDR wurden die Ereignisse aus dem Jahr 1953 näher beleuchtet. In der Ausgabe Nr. 75 von „Karta“ wurden Auszüge aus den Erinnerungen von Heinz Brandt⁴⁵ und Peter Bruhn⁴⁶ in polnischer Übersetzung präsentiert. Darüber hinaus stellte Jerzy Kochanowski die Sondermeldungen zusammen, die damals Polen erreichten, wo die Ereignisse in Ostdeutschland mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt wurden.⁴⁷

Unter den vielen Artikeln waren auch einige zu einzelnen Themenbereichen zu finden, wie etwa über die Geschichte der Arbeit der Tanz- und Gesangsgruppe „Freundschaft“ in Bad Salzbrunn / Szczawno-Zdrój⁴⁸ oder eine Analyse der Entstehungsgeschichte und der späteren Tätigkeit der Danziger Bezirkskommission zur Untersuchung der Nazi-Verbrechen (*Okręgowa Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Gdańsku*) in den Jahren 1965–1989.⁴⁹

⁴² SEBASTIAN PIĄTKOWSKI, Codziennosc początków okupacji niemieckiej w Generalnym Gubernatorstwie w świetle ogłoszeń drobnych „Gońca Krakowskiego“ (październik 1939 – czerwiec 1940), in: Pamięć i Sprawiedliwość, 2013, Nr. 1, S. 23-51.

⁴³ SEBASTIAN FIKUS, Wizja oblężenia Warszawy w 1939 r. w interpretacjach „Völkischer Beobachter“, in: Dzieje Najnowsze, 2013, Nr. 3, S. 39-49.

⁴⁴ MAREK HAŃDEREK, Ku „Międzymorzu“, in: Biuletyn IPN „pamięć.pl“, 5/2013, S. 30-33.

⁴⁵ Fragmenty wspomnień: HEINZ BRANDT, Nowy kurs, in: Karta 75 (2013), S. 64-71.

⁴⁶ Fragmenty wspomnień: PETER BRUHN, Sektor wolności, in: Karta 75 (2013), S. 72-81.

⁴⁷ JERZY KOCHANOWSKI, Meldunki Specjalne (Bunt Berlina), in: Karta 75 (2013), S. 82-85.

⁴⁸ PIOTR RETECKI, Zespół pieśni i tańca „Freundschaft“ w Szczawnie-Zdroju (1952–1959), in: Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka, 2012, Nr. 3, S. 57-69.

⁴⁹ ŁUKASZ JASIŃSKI, Okręgowa Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Gdańsku w latach 1965–1989. Geneza i działalność, in: Pamięć i Sprawiedliwość, 2013, Nr. 1, S. 245-274.

In „Przegląd Historyczno-Wojskowy“ wurden die Reaktionen Großbritanniens auf die Wiederbewaffnung Deutschlands in den Jahren 1945–1950 geschildert.⁵⁰ Im Kontext der deutsch-polnischen Beziehungen ist auch Bogdan Musiał's Besprechung des Buches „Polen und die deutsche Ostpolitik 1945–1990“ von Katarzyna Stokłosa zu erwähnen.⁵¹

Die zweite Nummer des „Przegląd Zachodni“ aus dem Jahr 2013 wurde gänzlich Deutschland und den heutigen deutsch-polnischen Beziehungen gewidmet. Eröffnet wurde sie mit einem Artikel über eine Expertise zu den Veränderungen in der Außenpolitik der Bundesrepublik. Die Verfasser setzten sich mit den Aspekten der Agenda 2010 auseinander und zogen einen Vergleich zwischen der wirtschaftlich-politischen Lage Deutschlands und der in der Eurozone. Ihr besonderes Augenmerk galt dabei der Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von den außereuropäischen Absatzmärkten sowie der geografischen Neuorientierung bei den direkten Investitionen Deutschlands.⁵² Mit einer ähnlichen Problematik befasste sich auch Aleksander Gowin, der die Rolle der Kultur in der Außenpolitik der Bundesrepublik in den letzten Jahren untersuchte.⁵³ Über die Außenpolitik Deutschlands im historischen Kontext schrieb außerdem Barbara Kobzarska-Bar. In ihrem Beitrag behandelte sie den Zeitraum seit der deutschen Wiedervereinigung 1990 bis heute.⁵⁴

Ein weiterer interessanter Artikel von Krzysztof Malinowski setzte sich mit der Wahrnehmung der Rolle Deutschlands in Europa und der Welt in den kommenden Jahren auseinander. Eine Diskussion zu diesem Thema wird bereits seit Langem geführt und erfasst auch Überlegungen zu den Vor- und Nachteilen der führenden Rolle Deutschlands in der EU. Der Verfasser stellte die Frage, ob Deutschland europäisch oder, umgekehrt, die Europäische Union deutsch sei.⁵⁵ Mit ähnlichen Fragestellungen befasste sich auch Malwina Książniakiewicz. Sie stellte die deutsche Debatte über die zukünftige Zusam-

⁵⁰ ROBERT CZULDA, *Wielka Brytania wobec militaryzacji Niemiec (1945–1950)*, in: *Przegląd Historyczno-Wojskowy*, 2013, Nr. 2, S. 89-112.

⁵¹ BOGDAN MUSIAŁ, *Rezensjon des Buches: Katarzyna Stokłosa, Polen und die deutsche Ostpolitik 1945–1990*, in: *Dzieje Najnowsze*, 2012, Nr. 4, S. 159-161.

⁵² TOMASZ BUDNIKOWSKI u. a., *Reorganizacja polityki zagranicznej RFN? Fragmenty ekspertyzy*, in: *Przegląd Zachodni*, 2013, Nr. 2, S. 3-26.

⁵³ ALEKSANDER GOWIN, *Rola kultury w polityce zagranicznej RFN*, in: *Przegląd Zachodni*, 2013, Nr. 2, S. 53-68.

⁵⁴ BARBARA KOBZARSKA-BAR, *Wartości i interesy w polityce zagranicznej zjednoczonych Niemiec*, in: *Przegląd Zachodni*, 2013, Nr. 2, S. 205-218.

⁵⁵ KRZYSZTOF MALINOWSKI, *Przywódcza rola Niemiec w Europie i świecie w niemieckim dyskursie naukowym*, in: *Przegląd Zachodni*, 2013, Nr. 2, S. 27-52.

menarbeit zwischen den Ländern der EU sowie die Konzepte der wichtigsten politischen Parteien Deutschlands vor.⁵⁶ Beata Molo und Helena Wyligala widmeten ihre Beiträge dem Thema Umwelt. Molo analysierte das Problem der Energiesicherheit der westlichen Nachbarn Polens angesichts ihres schrittweisen Verzichts auf die Atomenergie.⁵⁷ Wyligala schilderte den Stellenwert des Umweltschutzes in der deutschen Außenpolitik.⁵⁸

Eine weitere wichtige Publikation war eine Analyse der Tätigkeit im Bereich Forschung und Entwicklung in beiden Ländern zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Der Artikel wurde mit Tabellen illustriert, die den Vorsprung Deutschlands gegenüber Polen in Bezug auf die Zahl der Patentanmeldungen, Veröffentlichungen und wissenschaftlichen Erfolge präsentierten. Der Verfasser Piotr Kalka zitierte Daten, die belegen, dass die Bundesregierung einen viel größeren Teil des Bruttoinlandsprodukts in die Förderung von Forschung und Entwicklung investiert als die polnische Regierung. Die Hauptursachen für den deutschen Vorsprung führte der Autor auf den unterschiedlichen Umfang der Forschungs- und Entwicklungsarbeit sowie auf die Unterschiede in der Wirtschaft und in der Finanzierungsstruktur zwischen beiden Ländern zurück.⁵⁹

Izabela Janicka thematisierte die radikalen politischen Parteien in Deutschland, deren Aktivität in letzter Zeit zunahm. In ihrem Beitrag befasste sie sich mit der Schilderung der Hintergründe für die Morde, die die drei Attentäter aus Thüringen in den Jahren 1999–2011 verübt hatten. Die Verbrechen zeugten – so die Meinung der Verfasserin – von der Arroganz und Unbeholfenheit des deutschen Nachrichtendienstes.⁶⁰ In derselben Ausgabe von „Przegląd Zachodni“ gab es einen mit Tabellen ergänzten Überblick von Marek Andrzejewski über die von Deutschen zwischen 1896 und 2012 gewonnenen olympischen Medaillen bei den Olympischen Sommer- und Winterspielen.⁶¹

⁵⁶ MALWINA KSIĘŻNIAKIEWICZ, Niemiecka debata nad przyszłością integracji europejskiej (po traktacie w Maastricht), in: *Przegląd Zachodni*, 2013, Nr. 2, S. 131-154.

⁵⁷ BEATA MOLO, Problem zapewnienia bezpieczeństwa energetycznego Niemiec w kontekście stopniowej rezygnacji z użytkowania elektrowni jądrowych, in: *Przegląd Zachodni*, 2013, Nr. 2, S. 69-90.

⁵⁸ HELENA WYLIGALA, Ochrona środowiska w polityce zagranicznej RFN, in: *Przegląd Zachodni*, 2013, Nr. 2, S. 91-116.

⁵⁹ PIOTR KALKA, Pozycja RFN i Polski w zakresie prac badawczych i rozwojowych na początku XXI wieku, in: *Przegląd Zachodni*, 2013, Nr. 2, S. 117-130.

⁶⁰ IZABELA JANICKA, Fala radykalizmu politycznego w Niemczech, in: *Przegląd Zachodni*, 2013, Nr. 2, S. 219-232.

⁶¹ MAREK ANDRZEJEWSKI, Sport a polityka, Olimpijskie medale sportowców niemieckich (1896–2012), in: *Przegląd Zachodni*, 2013, Nr. 2, S. 233-247.

Darüber hinaus befanden sich mehrere Rezensionen über Bücher zur deutschen Thematik im „Przegląd Zachodni“. Józef Komorowski rezensierte zwei Publikationen über die deutsche Wirtschaft 20 Jahre nach der Wiedervereinigung sowie über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland seit 1989.⁶² Malwina Księżniakiewicz rezensierte das Buch Marek Żureks über die Außenpolitik des wiedervereinigten Deutschlands.⁶³ Natalia Jackowska besprach das Jahrbuch des Lehrstuhls für Deutschlandstudien der Universität Lodz⁶⁴, und Bogumił Rudawski besprach das Buch Agnieszka Łuczaks über den Raub von Kulturgütern aus polnischen Gutshäusern in Großpolen während des Zweiten Weltkrieges.⁶⁵

Auch in anderen Zeitschriften wurden Beiträge zu den heutigen deutsch-polnischen Beziehungen veröffentlicht. So kann der Leser im „Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka“ eine interessante Diskussion zwischen den Autoren des Buches „Zgorzelec [Görlitz] als Grenzstadt in der Einschätzung ihrer Einwohner“ und dessen Rezensentin Agnieszka Korman verfolgen.⁶⁶

Maria Tomczak schilderte die Maßnahmen Deutschlands gegen die terroristische Bedrohung von außen und versuchte die Frage zu beantworten, ob es eine ernsthafte Bedrohung gab und wie in solchen Situationen vorgegangen wurde. Ihr Beitrag zeigte, wie die Deutschen mit der Gefahr von Terroran-

⁶² JÓZEF KOMOROWSKI, Rezension der Bücher: Tomasz Budnikowski (Hg.), *Gospodarka niemiecka 20 lat po zjednoczeniu* und Piotr Kalka (Hg.), *Stosunki gospodarcze między Polską a Niemcami 20 lat po zjednoczeniu*, in: *Przegląd Zachodni*, 2013, Nr. 2, S. 283-288.

⁶³ MALWINA KSIĘŻNIAKIEWICZ, Rezension des Buches: Marek Żurek, *Unia Europejska w polityce zagranicznej zjednoczonych Niemiec. Determinanty Europapolitik*, in: *Przegląd Zachodni*, 2013, Nr. 2, S. 288-291.

⁶⁴ NATALIA JACKOWSKA, Rezension des Buches: *Rocznik Katedry Badań Niemcoznawczych Uniwersytetu Łódzkiego „Niemcy – Austria – Szwajcaria“*, in: *Przegląd Zachodni*, 2013, Nr. 2, S. 291-294.

⁶⁵ BOGUMIŁ RUDAWSKI, Rezension des Buches: Agnieszka Łuczak, *Utracone decorum. Grabież dóbr kultury z majątków ziemiaństwa polskiego w Wielkopolsce w czasie okupacji niemieckiej w latach 1939–1945*, in: *Przegląd Zachodni*, 2013, Nr. 2, S. 294-297.

⁶⁶ MARCIN DEBICKI u. a., Polemik gegen die Rezension des Buches: „Zgorzelec jako miasto pograniczne w opiniach jego mieszkańców“, in: *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka*, 2013, Nr. 1, S. 175-178; AGNIESZKA KORMAN, Antwort auf die Polemik gegen die Rezension des Buches: „Zgorzelec jako miasto pograniczne w opiniach jego mieszkańców“, in: *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka*, 2013, Nr. 1, S. 178 f.

schlagen umgegangen sind und wie sie heute damit umgehen.⁶⁷ Witold Nowak suchte eine Antwort auf die Frage, welche Interessen, Erwartungen und Ängste Polen gegenüber der führenden Rolle Deutschlands in Europa hegt.⁶⁸ In einem anderen Artikel beschäftigte sich derselbe Autor mit der sozialen Identität der in Deutschland lebenden Polen, deren Probleme seiner Meinung nach für die Forscher von Migrationsprozessen von großer Bedeutung seien.⁶⁹

Magdalena Lemańczyk widmete sich indes der Problematik der deutschen Minderheit im heutigen Polen. Ziel ihres Beitrags war, die soziodemografische Struktur in den Verbänden der deutschen Minderheit in ausgewählten Orten Nordpolens nach 1989 sowie die ethnisch-nationale Selbstidentifikation der Verbandsleiter darzustellen.⁷⁰

RESÜMEE

Der Schwerpunkt der Beiträge über die deutsch-polnischen Beziehungen lag 2013 auf Geschichte, Politik und Wirtschaft. Viel Beachtung wurde vor allem den Ereignissen geschenkt, die ein rundes Jubiläum hatten. Die größte Aufmerksamkeit der Autoren galt jedoch weiterhin dem Zweiten Weltkrieg und den damit verbundenen Erinnerungen. Für die polnischen Publizisten ist es wichtig, dass die dramatischen Erfahrungen dieser Zeit nicht vergessen und alle ungeklärten Aspekte des Krieges und seiner Folgen aufgeklärt werden. Die Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen erfasst nicht nur die bereits genannten Bereiche Wirtschaft, Geschichte und Gesellschaft, sondern bezieht sich auch auf solche Themen wie Sport, Umweltschutz oder Kultur.

Aus dem Polnischen von Monika Satizabal Niemeyer

⁶⁷ MARIA TOMCZAK, Niemcy wobec terroryzmu z zewnątrz, in: *Przegląd Zachodni*, 2012, Nr. 4, S. 167-178.

⁶⁸ WITOLD NOWAK, Przywództwo Niemiec w Europie – polskie oczekiwania, obawy i potrzeby, in: *Przegląd Zachodni*, 2012, Nr. 4, S. 284-286.

⁶⁹ WITOLD NOWAK, Problemy tożsamości społecznej Polaków mieszkających w Niemczech, in: *Przegląd Zachodni*, 2013, Nr. 3, S. 257-272.

⁷⁰ MAGDALENA LEMAŃCZYK, Liderzy mniejszości niemieckiej na Pomorzu Gdańskim po 1989 roku, in: *Przegląd Zachodni*, 2013, Nr. 3, S. 179-197.